

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes  
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: Wilh. Köhling in Düsseldorf,  
Corneliusstr. 66. Berichte, kleine Beiträge u. sind  
sundst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzuliefern.  
Sämtliche Beiträge müssen bis Montag abends bei  
3 der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden  
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post  
bezogen 3.— M. Expedition und Druck von  
Joh. van Aken in Krefeld, Luth. Kirchstraße 66.  
1923/23/23 Fernsprech-Nr. 1888.

Nr. 22. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 1. Juni 1907. Fernsprech-Nummer 4423. 9. Jahrgang.

## „Reichstreu Arbeitervereine“.

Unter der Adresse: „Bund vaterländischer Arbeitervereine“, ist am 18. Mai in Hamburg eine Vereinigung von ein paar Dutzend „reichstreu“ Arbeitervereinen mit einigen tausend Mitgliedern gebildet worden. Der Reichstreu-Verein zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ ist die Triebfeder der neuen Gründung. Das bezieht eigentlich schon genug über Entstehung, Charakter und künftige Entwicklung des Bundes. Die Führer bezog die Väter der neuen „Bundes der vaterländischen Arbeitervereine“ haben mehr im Auge, als die Arbeiter vor unüberlegten und unberechtigten Streiks zurückzuhalten. Ihre Absicht geht zweifellos dahin, den Arbeitern in der Ausübung des ihnen gesetzlich gewährtesten Koalitionsrechts Hülfe anzubieten, im Sinne und Interesse gewisser scharfmacherischer Unternehmerkreise. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hat daher Interesse daran, die neue Gründung wohl im Auge zu behalten.

Ueber die Hamburger Gründungsversammlung des Bundes wird folgendes berichtet:  
Das Meistert über Stellung zu den nichtsozialdemokratischen Arbeitervereinen hielt der Sekretär des Verbandes reichstreuer Bergarbeiter in Niederhessen, Ernst (Waldburg). Er stellte u. a. folgende Besätze auf: Mit Bezug auf die Besetzung erlirbt der Bund gemeinsamen Sorges aller nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen. Auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik wird der Bund seine jeweilige Stellungnahme gegenüber Streikpunkten nach Lage der Verhältnisse einrichten. Nach den Erfahrungen, namentlich in letzter Zeit, erachtet der Bund die leichtfertigen Arbeitseinstellungen für ebenso verwerflich wie das gesamte Wirtschaftsleben schädigend. Der Bund wird deshalb die oft geübte Taktik anderer Berufsvereine, bei den von der Sozialdemokratie angelegten Ausständen mitzuwirken, nicht mitmachen, im Gegenteil wird er auf die Verhältnisse so einzuwirken suchen, daß der gewerkschaftlichen Streiklust Abbruch getan wird. Mit den konfessionellen und anderen nichtsozialdemokratischen Arbeitervereinen will der Bund ein friedliches Verhältnis anbahnen und unterhalten.

In der Diskussion führte der Vorsitzende, Schaper (Hamburg), aus: Das Ideal sei die einheitliche Zusammenfassung aller staats- und gesellschaftstreu Arbeiter. Aber schon gezeigte es nichtsozialdemokratische Arbeitervereine mit demokratischem, mit ultramontanem, mit antimilitärischem Einschlag. Vor allem sei die große Masse der Arbeiter unklarlich und der religiösen Bewunderung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens überdrüssig. Die Religion werde durch die Vereinnahmung der Arbeiter auf rein patriotischem Boden nicht leiden; dem „für Kaiser und Vaterland“ gehe das „mit Gott“ stets voraus.  
In der weiteren Diskussion wurde vor allem wieder die Streikfrage diskutiert. Höffe (Kiel): Ich kann nur wiederholt darauf warnen, daß wir uns in die wirtschaftlichen Kämpfe einmischen. Das sollten wir z. B. den kirchlich-dunkelsten Gewerkschaften überlassen, die schon seit 40 Jahren in den wirtschaftlichen Kämpfen die Grundzüge befestigen, die wir jetzt aufstellen wollen. Wir können nur ein politischer Kampfbund gegen die Sozialdemokratie sein, sonst treiben wir einen neuen Keil in die nationale Gewerkschaftsbewegung. Wo sich nationale Arbeitervereine als wirtschaftliche Verbände gegründet hätten, wären sie nur den Arbeitern in den Rücken gefallen, die ernsthaft an der Verbesserung ihrer Lebenslage gearbeitet hätten. (Zuweilen Beifall, lauter Widerspruch.) So sei es auf den Sozialdemokraten in Kiel gewesen, bei Siemens-Schuckert und in Waggewerk. Der neue Bund dürfe keine Streikbrecherorganisation werden. Kampf gegen die roten Gewerkschaften, aber freibleibliche Berufsvereine. Keine gelben Gewerkschaften von Streikbrechern! (Aufstehende Unruhe.)

Vorsitzender Schaper: Es ist ein unerhörter Vorgang, daß sich nach unseren Friedensbestrebungen hier ein kirchlich-dunkelster unter solcher Flagge einschleicht, um gegen den Bund Propaganda zu machen (Beifall.) Höffe (Kiel): Der nationale Arbeiterverein Kiel und Umgegend von 1898 hat mir die Weisung mitgegeben, falls der Bund vom politischen auf wirtschaftliche Gebiet übergreift, nicht mitzumachen. Ernst (Waldburg): Die kirchlich-dunkelsten Gewerkschaften können nichts leisten. Sie liegen seit ihrer Gründung im Sterben und haben keine 100 000 Mitglieder. Berger (Kiel): Unser Redner hat wohl das Beste nicht gehört, wir besprechen uns gerade draußen, sonst hätte er wohl die Rede nicht gehalten. Vorsitzender Schaper: Es liegt also so, daß wir einem beschützten Kompott gegen den Bund gegenüber stehen. Mit Leuten, die sich als unsere Gäste so unehrlich benehmen, diskutiert man am besten gar nicht mehr. (Beifall.) Ein Schlusstrat wurde angenommen. Die Tages des Meisters fanden einstimmig Annahme.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung: Gefährdung und roter Terrorismus sichtig Schaper (Hamburg) folgende Resolution vor: „Der Druck der Sozialdemokratie auf den einzelnen nicht sozialdemokratischen Arbeiter ist untragbar geworden. Wir wollen uns nach Kräften selbst wehren, erwarten aber doch, daß die Gesetzgebung endlich aus dem bestehenden Koalitionszwang eine wahre Koalitionsfreiheit herstellt. Diese Forderung wollen wir an Volkvertreter und Regierung stellen. Schenkt man dort kein Gehör, so werden wir an die höchste Stelle gehen.“ (Beifall.) Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Hierauf wurde der bisherige vorbereitende Ausschuss einstimmig zum Vorstand gewählt. Ein Bescheid soll Hamburg bleiben, weil in Preußen noch die lästige Pflicht zur Annahme aller Mitglieder am Orte der Zentralverwaltung besteht. Der Bund soll ferner baldigst eine wöchentlich erscheinende Zeitung herausgeben.

Die Sehnsucht nach gesetzgeberischen Maßnahmen in der Art der verflochtenen Luchthausvorlage, für die bekanntlich der Reichstag nicht zu haben ist, hängt trotz der vorliegenden Fassung der Resolution deutlich genug durch. Auch in diesem Punkte unterliegt es also der Bund von anderen Arbeiterorganisationen, insbesondere von den christlichen Gewerkschaften, die wiederholt erklärt haben, daß die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz gegen sozialdemokratischen Terrorismus völlig ausreichen. Zur Herstellung wahrer Koalitionsfreiheit

ist jedenfalls etwas ganz anderes nötig, als ein Gesetz, wie es die Scharfmacher des Reichsverbandes im Sinne haben.

Was nun die Stellungnahme des Bundes zu den wirtschaftlichen Kämpfen anlangt, so haben die bezüglichen Auseinandersetzungen in der Hamburger Gründungsversammlung zwar gezeigt, daß in diesem Punkte noch keineswegs völlige Übereinstimmung der Mitglieder mit den Hauptmachern der „Bewegung“ besteht. Die Absicht der letzteren aber haben die Verhandlungen unzweifelhaft klargestellt. Wenn der Bund nichts anderes bezweckt, als „die oft geübte Taktik anderer Berufsvereine, bei den von der Sozialdemokratie angelegten Ausständen mitzuwirken, nicht mitzumachen, im Gegenteil auf die Verhältnisse so einzuwirken, daß der gewerkschaftlichen Streiklust Abbruch getan wird“, so brauche er gar nicht gegründet zu werden. Denn eine solche Taktik besagen auch die christlich-nationalen Arbeiterorganisationen nicht; sie haben vielmehr oft genug bewiesen, daß sie sich volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit gegenüber den sozialdemokratischen Organisationen zu wahren wissen. Wenn in einzelnen Fällen hiergegen verstoßen worden ist, so handelt es sich dabei um Ausnahmefälle, meist Fehler junger Organisationen, die von den maßgebenden Führern der christlichen Gewerkschaften gerügt worden sind.

Bemerkenswert ist die wiederholte Betonung „friedfertiger“ Bestimmung gegenüber anderen nichtsozialdemokratischen Arbeitervereinen, „die auch ihre patriotische Bestimmung betonen“. Warum dann aber überhaupt diese „reichstreu“ Sondergründung, da doch bereits eine mächtig aufstrebende, auf christlichen und — in gutem Sinne — nationalen Grundgedanken fußende Arbeiterbewegung besteht? Sind diese Organisationen, insbesondere die christlichen Gewerkschaften, vielleicht nicht „national“ genug? Manchen Leuten, die nationale Bestimmung und Patriotismus zu verwechseln geneigt sind, sicherlich nicht. Aber das ist nicht der tiefste Grund für die Entstehung des Bundes. Die christlichen Gewerkschaften sind vielmehr gewissen Leuten zu sehr Arbeiterorganisationen; sie sind nicht gegründet in erster Linie zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und nebeneinander zur Hebung der Arbeiterverhältnisse, sondern in erster Linie, um den Arbeitern eine wirksame, von Nebenwünschen unbeeinträchtigte Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen zu ermöglichen und zwar denjenigen Arbeitern, die infolge des sozialdemokratischen Charakters der freien Gewerkschaften einer solchen Interessenvertretung bisher entbehrten. Das Moment der Bekämpfung der Sozialdemokratie kommt also hier erst in zweiter Linie hinzu.

Die Gründung der christlichen Gewerkschaften hatte demnach vom Standpunkte der christlich und national gesinnten Arbeiter eine innere Berechtigung. Vom Bund der „reichstreu“ Arbeitervereine kann man das nicht sagen; er läßt allzudeutlich die Tendenz erkennen, vor den antisozialdemokratischen Bestrebungen die eigentlichen Aufgaben einer wahren Arbeiterorganisation in den Hintergrund treten zu lassen.

Die christlichen Gewerkschaften können im übrigen die Entwicklung des „Bundes der vaterländischen Arbeitervereine“ in Ruhe abwarten. Ihre Position ist bereits so gefestigt und die sozialpolitische Schulung der Arbeiter so erfolgreich fortgeschritten, daß ihnen jene internationale Konkurrenz auf die Dauer nicht gefährlich werden kann.

## Die Gewerbeaufsicht in Preußen.

### II. Bezirk Aachen.

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist im Berichtsjahre von 76 708 auf 77 866, also um 1148 gestiegen. Unter dem Zuwachs befinden sich 559 erwachsene männliche Arbeiter. Hierzu bemerkt der Berichtskriter, Geheimrat Regierungs- und Gewerbe- rat Storp: Diese verhältnismäßig geringe Steigerung steht auch hier in keinem Verhältnis zu der überaus starken Nachfrage nach Arbeitskräften, die überall das Angebot übersteigt.

Die Revisionsfähigkeit der Beamten ist gestiegen. Die Gesamtzahl der ausgeführten Revisionen betrug 2023, gegenüber 1876 im Vorjahre.

Von den vorhandenen 2434 Fabriken oder diesen gleichgestellten Anlagen sind im Berichtsjahre 1206 oder 49,5% (1905: 47%) revidiert worden. In den revidierten Fabriken waren 70 337 Arbeiter oder 90,3% der überhaupt in diesen Anlagen vorhandenen Arbeiter beschäftigt.

### Arbeiterinnen.

In 806 Fabriken oder diesen gleichgestellten Anlagen wurden 19 314 erwachsene Arbeiterinnen beschäftigt, gegenüber 803 Fabriken mit 18 977 Arbeiterinnen im Vorjahre. Der Mangel an einheimischen weiblichen Arbeitskräften war während des ganzen Jahres so empfindlich, daß mehrfach der Versuch gemacht worden ist, Arbeiterinnen aus den östlichen Provinzen heranzuziehen, allerdings mit ungenügendem Erfolg.

Auf Grund des § 129a Abs. 1—4 der G.-D. wurden 39 Anträge auf Ueberarbeit an den Wochentagen außer Sonnabends für 1036 erwachsene Arbeiterinnen mit 15 453 Ueberstunden — gegenüber 43 Anträge für 1992 Arbeiterinnen mit 23 480 Ueberstunden im Vorjahre — bewilligt. Trotz der anhaltend günstigen Geschäftslage ist somit der Umfang der bewilligten Ueberarbeit erheblich zurückgegangen.

An der zugelassenen Ueberarbeit waren hauptsächlich die Spinnerinnen und die Papierverarbeitungsfabriken beteiligt.

In der Dauer der täglichen Arbeitszeit der erwachsenen Arbeiterinnen ist seit dem Jahre 1902 keine wesentliche Veränderung eingetreten. Schon damals war die zehnstündige Arbeitszeit für 60% der Arbeiterinnen durchgeführt, 14% hatten eine Arbeitszeit bis 10½ Stunden und nur 26% eine 10½ Stunden überschreitende tägliche Arbeitszeit. Eine Vergleichung der gelegentlich der Revisionen festgestellten Arbeitszeit mit den in den Arbeitsordnungen enthaltenen Angaben ergab, daß letztere vielfach der Wirklichkeit nicht entsprachen. Die Arbeitszeit war meist zu hoch angegeben, teils absichtlich, um sie ohne weiteres vorübergehend nach Bedarf bis zu der gesetzlich zulässigen Grenze ausdehnen zu können, teils war veräußert worden, die Bestimmung über die Arbeitsdauer nach ihrer Herabsetzung zu ändern. In einer größeren Seidenweberei mit 350 Arbeiterinnen wurde noch vor kurzem nach mehrwöchigen Verhandlungen mit der Direktion die Herabsetzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden erreicht.

Der Hauptwiderstand gegen die Herabsetzung der elfstündigen Arbeitszeit erfolgt im Aachener Bezirk fast ausschließlich von den reinen Spinnereien.

### Jugendliche Arbeiter.

Die Zahl der in 1024 Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen beschäftigten jungen Leute betrug 7783, die der Kinder 162. Dem Vorjahre gegenüber wurden 197 junge Leute und 55 Kinder mehr beschäftigt.

Zu den Verhandlungen gegen Schutzbestimmungen wurden in 55 Anlagen ermittelt und wurden für 21 Bestimmungen. In den meisten Fällen bezogen sich die Verhandlungen nur auf Vorschriften formeller Art, namentlich auf die Vorschriften über Ausgänge, Arbeitsbücher usw.

Um den sich immer mehr geltend machenden Mangel an Weibern in den Tuchfabriken zu begegnen, hat die Aachener Kreisliche höhere Fachschule für Textilindustrie im Berichtsjahre versuchsweise vierwöchige Weberkurse für jugendliche Arbeiter eingerichtet. Die Kosten betragen für den Schüler 12 Mk., von denen dieser jedoch nur 2 Mk. zu zahlen hat.

### Betriebsunfälle.

Die Zahl der gemeldeten Unfälle ist von 4006 auf 4400 gestiegen. Von diesen hatten 220 (1905: 350) eine Erwerbsunfähigkeit von mehr als 13 Wochen und 26 (1905: 25) den Tod zur Folge. Bei einer Gesamtarbeiterzahl von 77 866 entfallen somit auf je 1000 Arbeiter 56,5 Unfälle überhaupt, 2,8 schwere Unfälle und 0,33 mit tödlichem Ausgang. Zur Verminderung der Unfälle werden neuerdings in mehreren Fabriken die Arbeiter-Ausschüßmitglieder mit Erfolg herangezogen. Sämtliche Mitglieder sind in diesen Betrieben berechtigt und verpflichtet, die Arbeiter vor Unfällen zu warnen und auf die Benutzung der Schutzvorrichtungen zu achten; besondere Wahrnehmungen und Wünsche sind in den regelmäßigen Ausschüßsitzungen zur Sprache zu bringen.

Die befriedigenden Beziehungen zwischen den Aufsichtsbearbeitern und den Arbeitgebern und Arbeitern haben nach dem Bericht keine Störung erfahren.

Der persönliche Verkehr in den Diensträumen der Beamten hat sich zwar etwas gegen das Vorjahr verschoben, ist aber im ganzen unverändert geblieben. Es haben 193 (1905: 196) Arbeiter die Beamten besucht. Die Arbeiter können sich wegen ihrer geringen Abkömmlichkeit nicht immer nach den festgesetzten Besuchszeiten richten und erscheinen daher vielfach auch an den übrigen Werktagen. Auffallend bleibt es, daß die Arbeiter von den in erster Linie in ihrem Interesse eingerichteten Sonntagsgesprächstagen fast gar keinen Gebrauch gemacht haben.

Die von den Arbeitern zur Sprache gebrachten Angelegenheiten betrafen in 25 Fällen Beschwerden über mangelhafte Betriebsbedingungen oder geschwundene Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern. Die Beschwerden waren in der Regel begründet und nur vereinzelt übertrieben oder unzutreffend. 15 Rückfragen betrafen Ausstandsangelegenheiten, bei denen die Gewerbeaufsichtsbearbeitern mehrfach aufklärend und vermittelnd wirken konnten.

Die günstige Lage der Industrie wurde von der organisierten Arbeiterschaft in zahlreichen Fällen benutzt, um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Die diesbezüglichen Kämpfe führten zu 23 Streiks und 5 damit zusammenhängenden Ausperrungen.

## Der Mitgliederwechsel in der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Eines der schmerzlichen Uebel in der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist die starke Fluktuation der Mitglieder. Die Berufsverbände sämtlicher Richtungen, von verschiedenen Ausnahmen abgesehen, tranken an dieser Erscheinung. Hauptsächlich von Mitgliedern werden jährlich in die Gewerkschaften aufgenommen, die Hälfte und oft noch mehr gehen wieder verloren. Die meisten Gewerkschaften sind die reinsten Taubenschläge. Einige Stichproben aus den letzten Jahresabrechnungen verschiedener Verbände sollen uns das zunächst zeigen.

Der Zentralverband christlicher Bauarbeiter teilt in seinem Geschäftsbericht mit, daß im Jahre 1905 einem Gesamtzuzug an Mitgliedern von 22 782 nur ein absoluter Zuwachs von 8068 Mitgliedern gegenüber steht. Nach Abzug der durch Tod und Eintritt zum Militär verlorenen Mitglieder verbleiben 14 155, die dem Verbands wieder verloren gingen. Für das Jahr 1906 ist das Verhältnis erheblich besser. Einem Gesamtmitglied-Zuzug von 31 673 steht ein absoluter Zuwachs von 15 987 gegenüber. Ganz genau so viele Mitglieder mußten wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen werden resp. sind freiwillig ausgetreten. 30 000 Mitglieder sind mithin in zwei Jahren durch diesen Verband hindurchmarschiert, was bei dessen augenblicklicher Mitgliederzahl von 38 000 eine ungeheuerlich große Zahl bedeutet.

Bezüglich, oder zum Teil noch schlimmer, liegt das Verhältnis in anderen Berufsverbänden. Im Geschäftsbericht des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes für die Jahre 1904/05 wird gesagt: In den letzten zwei Jahren wurden 27 616 Mitglieder aufgenommen, aber 14 075 traten wieder aus. Mithin mehr als die Hälfte der neu gewonnenen Mitglieder. Im Jahre 1906 hatte der christliche Metallarbeiterverband einen Zugang von 21 290 Mitgliedern, bei einer absoluten Zunahme von 8709. Es gingen 12 581 der Neugewonnenen wieder verloren. Die absolute Zunahme betrug 40,9% der Beitritte. — Noch etwas ungünstiger liegt der sozialdemokratische Metallarbeiterverband da. Dieser größte Verband der sozialdemokratischen Richtung hatte im Jahre 1906 gemäß seiner kürzlich veröffentlichten Abrechnung (Metallarbeiterzeitg. Nr. 15, Jahrg. 1907) zusammen 187 427 Beitritte, bei einer absoluten Mitglieder-Zunahme von 75 383; mithin einen Abgang von 112 044. In der erwähnten Abrechnung wird eine interessante Zusammenstellung der letzten vier Jahre gegeben, wie hoch sich der Prozentsatz der zurückgebliebenen Mitglieder im Verhältnis zu der Zahl der Beitritte stellt.

	1906	1905	1904	1903
männl. Mitgl.	40,53	41,09	34,99	30,48
weibl.	36,06	33,84	26,76	41,25
im Ganzen	40,21	40,66	34,54	31,03

Diese Nebeneinanderstellung läßt ein recht erhebliches Heruntergehen der Fluktuation in dem angegebenen Zeitraum erkennen. Wenn das Jahr 1906 gegenüber dem Jahre 1905 wieder eine kleine Verbesserung aufweist, so wird das wohl auf dem vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband im vorigen Jahre ausgeschriebenen Extrabeitrag von 25 Pfg. pro Woche für die Dauer eines Vierteljahres zurückgeführt werden können. Ferner muß auch hier in Betracht gezogen werden, daß sowohl im christlichen wie im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband die neu eingetretene Erwerbslosenunterstützung zunächst eine wesentliche Erhöhung der Wochenbeiträge bedingte und damit die Fluktuation steigerte, während ihre Einwirkung auf die Stabilität der Mitgliedsverhältnisse aber erst nach der vorgezeichneten Revisionszeit, mit dem Ausgange der genannten Unterstützung, d. h. erst in der letzten Zeit begonnen hat (beim sozialdemokratischen Verband am 1. Juli 1906, beim christlichen Metallarbeiterverband am 1. Januar 1907). Aber auch noch unter Berücksichtigung dieses Umstandes muß die Fluktuation in den beiden genannten Verbänden eine enorm hohe genannt werden. In manchen anderen Berufsverbänden dürfte dieselbe aber noch größer sein, und wie eingangs betont, haben alle Gewerkschaften mehr oder minder unter dieser Erscheinung zu leiden.

Alle Organisationen haben seit ihrem Bestehen denn auch stets die größten Anstrengungen gemacht, um diesem Uebel zu steuern, ohne daß bis heute durchschlagende Erfolge aufzuweisen werden können. Zum Teil wird dieses auf den Umständen zurückzuführen sein, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung erst in den letzten zehn Jahren ihre Stumm- und Drangperiode durchgemacht und bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht zur innern Ruhe und Konsolidierung gelangen konnte. Mit dem zunehmenden Alter und der immer wie äußeren Festigung der Gewerkschaften wird die Fluktuation der Mitglieder zweifelsohne geringer werden, schon aus dem einfachen Grunde, weil das fortwährend zunehmende gewerkschaftliche Verständnis in der Arbeiterschaft dem Uebel an der Wurzel und damit am wirksamsten entgegentritt. Denn der Hauptgrund für die Fluktuation liegt in dem mangelhaften gewerkschaftlichen Verständnis und den diesbezüglichen Begleiterscheinungen bei einem großen Teil unserer Arbeiter. Daß hier in erster Linie der Hebel anzusetzen und fortwährende Aufklärung und Schulung betrieben werden muß, das bedarf hier keiner weiteren Erwähnung.

Doch damit allein dürfen es die christlichen Gewerkschaften nicht bewenden lassen, das ideale Ziel wird niemals ganz zu erreichen sein, alle Arbeiter zu vollwertigen, disziplinierten und überzeugten Gewerkschaftlern zu erziehen.

Die Gewerkschaften müssen deshalb auf weitere Mittel sinnen, um dem Mitgliederwechsel entgegen zu wirken.

Diesen Gesichtspunkten ist das Sogehören sämtlicher Gewerkschaften entgegen, ein weit ausgebauter Unterstützungswesen einzuführen, um damit die Mitglieder an die Organisation zu fesseln. Selbst die sozialdemokratischen Gewerkschaften müßten, trotz des von ihnen so nachdrücklich betonten Kampfschaffenstandpunktes, diesen Weg beschreiten. Die Gewerkschaften, ohne Unterschied der Richtung, haben Unterstützungsarten eingeführt, die mit ihrem Haupt-

zweck zum Teil nur in sehr losem Zusammenhang stehen; z. B. Kranken- und Sterbegeld, Umzugsunterstützung usw., nur um eine größere Stabilität der Mitgliederbeziehungen herbei zu führen. Ferner hat man in allen Gewerkschaften die größte Sorgfalt auf den Ausbau des Vertrauensmannes resp. Hauskassierers-Systems gelegt. In diesem Punkte wird in vielen Ortsgruppen unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung zweifelsohne noch manches vollkommener ausgebaut und verbessert werden müssen.

Tatsächlich gehen viele Mitglieder dadurch verloren, weil die Verbindung mit der Organisation von ihnen selbst vernachlässigt und dann leider auch durch keinen Vertrauensmann des Verbandes hochgehalten wird. Ein gut funktionierender Vertrauensmann-Apparat wird stets von äußerst günstigem Einfluß auf die Stabilität des Mitgliederbestandes sein; ja in manchen Berufen wird die Stabilität von diesem Punkte in der Hauptsache wesentlich abhängen.

Ein weiteres Zurückgehen der Situation werden wir von der allgemeinen Entwicklung des Gewerkschaftswesens voraussetzen können. Insbesondere wird die fortschreitende Tarifbewegung günstig einwirken. Neben den hohen Verträgen wird, z. B. im Deutschen Buchdrucker-Verband, die Tarifgemeinschaft das hauptsächlichste Bindeglied und die Ursache der geringen Mitgliederfluktuation sein.

Es gibt also eine ganze Reihe gut wirkender Mittel, welche den Wechsel der Mitglieder zu steuern in der Lage sind. Hier ist jedoch auf eine Frage besonders aufmerksam gemacht, die von großem Einfluß auf die Stabilität der Mitglieder sein könnte, aber leider bis heute viel zu wenig Beachtung gefunden hat. Das ist nämlich die Höhe des Eintrittsgeldes. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der viel zu geringe Betrag der Aufnahmegebühren in den deutschen Gewerkschaften einen großen Teil der Arbeitererschaft werden alljährlich kurz vor Bewegungen sich den Organisationen anschließen, beziehen im Falle des Kampfes, die zwar in keinem Statut vorgegeben, aber infolge der Konkurrenz oder im Interesse der Bewegung bewilligten Unterstützungen und sollen nachher als Eintagsfliegen wieder ab. Die große Masse der Rechtshinigen tritt auf das Erängen ihrer organisierten Mitarbeiter oder in einem Augenblick der Begeisterung den Gewerkschaften bei, um bei der ersten sich bietenden Gelegenheit die Pflichten der Organisation wieder von sich abzuschütteln. Sie haben ja nur 30 oder 50 Pfg. Eintrittsgeld und einige Wochenbeiträge gezahlt, und sie rechnen inständig mit der Möglichkeit, daß sie jeden Tag wieder um ein Eintrittsgeld von einer halben Mark in die stets offenen Arme der Organisation zurückkehren können. Würden diese Gleichgültigen oder Oberflächlichen aber den zehn- oder zwanzigfachen Betrag als Eintrittsgeld erlegt haben, dann würden sie jedenfalls nicht so leichthin der Organisation den Rücken wenden. In Amerika z. B. werden in einigen Organisationen Eintrittsgelder von über 100 bis 150 Mk. erhoben und ist hierdurch eine Massen-Fluktuation gänzlich ausgeschlossen. Natürlich lassen sich amerikanische Verhältnisse nicht auf die unsrigen übertragen, und es wäre auch Unwirtschaftlichkeit, bei uns solche hohe Eintrittsgelder einführen zu wollen. Aber die äußerst winzige Höhe unserer Eintrittsgelder macht unsere Gewerkschaften eben zu Tandensbüchsen, in denen die Egoisten und Weichhülser ein- und ausfliegen. Es gibt viele solcher Eintagsfliegen, die schon öfter wie ein Duzendmal „neu“ angekommenen wurden. Das wäre vollkommen ausgeschlossen, wenn diese Arbeiter ein Eintrittsgeld von mindestens 20 Mark zu erlegen hätten, und eine solche Höhe wäre meines Erachtens am Orte. Unter keinen Umständen aber sollte das Eintrittsgeld weniger wie den zwanzigfachen Betrag der wöchentlichen Wochenbeiträge ausmachen. Gewiß würde die Situation dadurch wesentlich verbessert, aber darüber ist sich auch jeder Kenner des Gewerkschaftswesens klar, daß dem Arbeiterstand und auch den Gewerkschaften viel besser geht, wenn sie im Jahr 5000 Mitglieder aufnehmen und behalten, als wenn sie 10000 gewinnen und 6000 davon wieder verlieren. Es würde ferner den Arbeitern bei einem hohen Eintrittsgeld ganz anders als bis heute zum Bewußtsein kommen, daß die Arbeiterorganisationen ihre Existenz und auch ihren Bestand, sondern eine unzerstörbare ernste und bedeutungsvolle Sache ist.

Ferner denkt man sich ein solches Mitgliederhältnis, daß wir in den meisten Organisationen die laufenden Wochenbeiträge um ein Zwanzig- bis Dreißig- bis Fünzigfache — im Laufe langer Jahre nicht haben, ohne daß die Eintrittsgelder eine Bewegung

erfahren. Und gerade im Interesse einer Eindämmung der Fluktuation wäre die Erhöhung der Eintrittsgebühr hoch notwendig gewesen und ist es augenblicklich mehr denn je.

Doch kein Verband denkt daran; diese Frage wird nicht einmal diskutiert, denn — die leidige Konkurrenz der verschiedenen Richtungen in der Organisation läßt eine Diskussion über diese Angelegenheit gar nicht aufkommen. An die Erhöhung des Eintrittsgeldes kann bei dieser zügellosen und wilden Konkurrenz deshalb auch nicht ein einzelner Verband und auch nicht eine einzelne Richtung, z. B. unsere christlichen Gewerkschaften, allein herantreten. Das müßte dann auf der ganzen Linie einheitlich geschehen. — Sollte das nicht zu ermöglichen sein?

Die Verbände aller Richtungen tranken an dem Uebel der Fluktuation und sind alle gleichviel daran interessiert. An dieser Stelle soll daher einmal folgender Vorschlag der öffentlichen Diskussion unterbreitet werden: Die Hauptleitungen der drei Organisationsrichtungen, (Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Generalkommission der freien und der Zentralrat der Nicht-Christlichen Gewerkschaften) treten zusammen und beschließen — zunächst im Prinzip — gemeinsam auf eine Erhöhung der Beitrittsgebühren in allen Verbänden der genannten Richtungen hinzuwirken. Die Kompetenzfrage könnte hier etwaige Schwierigkeiten bereiten, ist jedoch nicht unüberwindlich. Kongressbeschlüsse jeder Richtung würden vorausgehen und dann die endgültige Erhöhung auf den Generalversammlungen der einzelnen Berufsverbände erfolgen müssen. Ein Zeitraum von mehreren Jahren würde möglich zur einheitlichen Durchführung des Gedankens auf der ganzen Linie erforderlich sein.

Jedenfalls ist die hier besprochene Frage so wichtig, daß sie das weitgehendste Interesse aller derer erheischt, denen es um eine gesunde und möglichst schnelle Fortentwicklung unserer Gewerkschaften zu tun ist.

Hierzu bemerkt die Redaktion des „Zentralblatt“, dem wir vorstehenden Artikel entnehmen: Wir möchten uns mit den kühnen Vorschlägen des Herrn Verfassers nicht ohne weiteres einverstanden erklären. Die Frage ist aber zweifellos wichtig genug, und eine Ansprache über geeignete Mittel zur Bekämpfung des Mitgliederwechsels in unseren Organisationen wohl am Orte.

### Zur Situation in Aachen.

Hierzu wird uns aus Aachen geschrieben: „Hier wird trotz der überaus guten Konjunktur nichts für die Textilarbeiter getan, die Lage der Arbeiter hat sich eher verschlechtert als verbessert,“ so wurde es vor kurzem in einem „deutscherzeit“ herausgegebenen Flugblatt behauptet. Die Unorganisierten, welche die Tätigkeit der Organisation nicht verfolgen, sondern Verband sein lassen, sind immer wieder diejenigen, die solche Redensarten für bare Münze hinnehmen und ihren Glauben schenken. Auch bei manchen Kollegen hat eine Unzufriedenheit Platz gegriffen, die dann noch durch die Mitglieder der gewerkschaftlichen Verbände und die Unorganisierten geschürt wird. Auf Grund dieser Unzufriedenheit meint man nun, den Verband und dessen Führer kritischer zu können, ohne sich aber selbst eingehender mit der ganzen Sache zu befassen. Am besten wäre es, wenn man dieses in den Versammlungen nicht verfolge, sondern Verband sein lassen. In den Delegiertenversammlungen, bei der Berichterstattung von Mitgliedern, bei der Beratung von Forderungen, heißt es in der Regel: im Automatismus die Forderungen durchgedrückt. Auf den Verbandsversammlungen jedoch, wo man sich die Stellung für gewerkschaftliche Tätigkeit und gewerkschaftliche Taktik holen sollte, da sieht man diese Mitglieder sehr selten. Streiken jedoch in ihrem Betriebe Differenzen aus, dann wollen sie länger sein als die Führer. Hier heißt es für jeden Arbeiter, hier in den gewerkschaftlichen Gremien einzubringen, und nicht nur bei Bewegungen dadurch den Gewerkschaften hervorzutreten, das man möglichst redizile Töne einschlägt. Mit dem Materialien in der Gewerkschaft muß immer das Ideal Hand in Hand gehen, und unser Ideal ist, daß wir auf dem Boden der christlichen Weltanschauung, auf möglichst friedlichem Wege unsere Lage zu verbessern suchen.

Nach diesen mehr allgemeinen Ausführungen wollen wir uns die Lage im Aachener Bezirk etwas näher betrachten. Bis zum Sommer 1906, als die Frage des allgemeinen Lohntarifs aufstand, konnte man nur die Einzelbewegung in den einzelnen Betrieben, ausgenommen die Einführung des Minimallohns in den Lohnschereien. Mit dem allgemeinen

Lohntarif kamen nun kurz aufeinander drei große Bewegungen allgemeiner Natur, die für die Aachener Arbeitererschaft zum Bräustein wurden und in ihrer äußeren Durchführung von der einen oder andern Seite, für die Textilindustrie in Aachen von der einschneidendsten Bedeutung werden mußten. Außer dem allgemeinen Lohntarif als Forderung der Arbeiter war es das Verlangen der Arbeitgeber nach dem Doppeltarif und drittens die allgemeine Aussperrung im April vorigen Jahres, herbeigeführt durch den Streik bei der Firma F. u. M. Meyer. Ein Jahr ist seit diesen Vorgängen ins Land gegangen, und was hat sich geändert oder gar verschlechtert? Die Arbeitererschaft versprach sich durch den allgemeinen Lohntarif eine Verbesserung ihrer Lage und endlich einmal ein allgemein geregeltes Arbeitsverhältnis. Die Arbeitgeber erhofften von der Einführung des Doppeltarifs das Herinbrechen einer besseren Zeit für die Aachener Textilindustrie. Aber keiner von beiden Seiten hat bis jetzt sein Ziel erreicht. Der allgemeine Lohntarif scheiterte an den bestehenden Schwierigkeiten, der Doppeltarif ist nicht da, und die Arbeitererschaft durch die allgemeine Aussperrung niedergedrückt, ist an dem klugen und taktischen Vorgehen der Führer unseres Verbandes ebenfalls gescheitert.

Bei allen drei dieser allgemeinen Bewegungen legte sich ein großer Teil der Arbeitererschaft die Durchführung oder Abwehrung der momentan im Brennpunkt stehenden Frage nach eigener Ansicht zu. Beim allgemeinen Lohntarif strömten die Arbeiter zu hunderten der Gewerkschaft zu, und als die Einführung der Verschiedenartigkeit all der bestehenden Einzeltarife, der Verschiedenartigkeit des Materials und der in Betrieb befindlichen Stühle scheiterte, da konnte man dieses nicht verstehen, man wandte oder Organisation wieder den Rücken, man hatte sich eben nur als Materialist organisiert. Von einem Ideal der Gewerkschaft konnte man nichts und suchte es auch nicht kennen zu lernen, es waren eben nur Eintagsfliegen. Als nun die zweite und gerade für Aachen so bedeutende Frage am 6. April 1906 am Aachener Schiedsgericht ihren vorläufigen Abschluß fand, da war es ein großer Teil der Arbeitererschaft, der es nicht verstehen konnte, daß diese Frage, die lange Zeit bei der Arbeitererschaft im Vordergrund des Interesses gestanden hatte, lediglich durch die Führer geregelt wurde. Ob organisiert oder nicht, ob Mitglied der christlichen oder der „freien“ Gewerkschaft, man schimpfte weidlich über die Männer, die den vermeintlichen „Gewaltstakt“ vorgebrochen hatten. Man fackelte hier noch allzuviel in den Verhältnissen der alten Lokalverbände, zu deren Gründung die Doppeltariffrage den ersten Anstoß gab und wo sie zu bühnenden Mälen in der breiten Allgemeinheit diskutiert worden ist. Sich zu dem Gedanken aufzuschwingen, daß die Leiter einer großen Zentralorganisation bei Abhängigkeit irgendwelcher Vereinbarungen, die nur einen einzelnen Distrikt betreffen, immer und immer wieder die allgemeine Lage im Betracht ziehen müssen, dazu war man nicht imstande. Doch all' der Hinweise auf die Aachen so schwer schädigende Konkurrenz der andern Textilbezirke Deutschlands durch den Doppeltarif, trotz all' der Hinweise, daß die Interessen der gesamten Mitgliedererschaft unseres Zentralverbandes gemahrt werden müssen, trotz all' der Beweise, daß die Aachener Textilindustrie gegen andere Bezirke weit zurückbleibt, traute man den Führern nicht, die nur das Beste unter den gegebenen Umständen wollten, sondern man verlangte in der breiten Masse das Ende dieser Frage zu beschließen, und man hätte mit den Interessen der Aachener Arbeitererschaft und des ganzen Verbandes eventl. va hanc gepielt. Diesen Zwang zur Rechnung zu tragen, wäre seitens der Führerschaft zu einem Verbrechen an unserer ganzen Organisation geworden, das sie niemals verantworten konnten.

Kann man über das Resultat der Beratungen am Schiedsgericht in diesen beiden Fragen eine Klarheit in die breite Masse gedrungen, da letzte mit Bewilligung unseres Verbandes der Streik bei der Firma F. u. M. Meyer ein. Trotz aller Mahnungen zur Vorsicht erklärten die direkt Beteiligten, es kommt nicht zum Streik. Die Ankündigung der Aussperrung seitens der Arbeitgeber fand trotz der überaus kritischen Lage bei den Aachener Arbeitern nur hässliches Lachen. Aufgeregt durch die Vorgänge der letzten Monate, verhezt von Leuten, die dabei im Leben zu führen hielten, verlor man den klaren Blick und betrat einen Weg, den man nachher, leider zu spät, als eine Sackgasse erkannte, in die man hineingeraten war. Dem Verband verweigerte man die notwendige Disziplin. Derselbe war nur da, als es galt, den Streik zu bewilligen. Aber eine Eintagsfliege herbeizuführen und zwar eine bessere, als sie

nachher zustande kam und den Streik abzubrechen, dazu hatte der Verband „kein Recht“, die Arbeiter beanspruchten das Recht, selbst zu bestimmen. Seine eignen Vorteile, die Interessen von 13000 Arbeitern, die Leistungsfähigkeit des ganzen Verbandes setzte man aufs Spiel, lediglich eines Prinzips halber.

Und weil nun diese einzelnen Fragen nicht die Erledigung gefunden haben, wie besonders die radikalsten Elemente sich dieselben zurecht gelegt hatten, soll angeblich in Aachen nichts geschehen. Nach diesen Bewegungen suchten nun alle menschlich möglichen Organisationsrichtungen auf ihre Rechnung zu kommen. Besonders war es der „deutsche Verband“, der durch sein fortgesetztes Schüren die Unzufriedenheit möglichst zu fördern suchte und den Arbeitern sagte: kommt zu uns, dann wird's schon anders werden. Wie derselbe es aber macht, hat er uns seit der Aachener Bewegung zur Evidenz bewiesen. Nachdem einige Aachener Arbeiter dem „freien Verbande“ beigetreten, verlangte die „Aachener Zeitung“ Disziplin. Bei der Appreturarbeitbewegung setzten die „Deutschen“ mit Wollwusch ein, um eine zweite Aussperrung zu erhalten und die genaue Arbeiter hatten nachher in Köln und anderswo, wo sie sich Arbeit suchen mußten, das Nachsehen. Als im vorigen Jahre in St. Pauli ein Streik der „deutschen“ Textilarbeiter abgebrochen werden mußte, schrieb der „deutsche Textilarbeiter“ in Nr. 46 vom 16. November:

„Der unglückliche Ausgang des Streiks hat uns gezeigt, was uns fehlt: Bitter not tut uns mehr Disziplin.“

Aber was sagten die Mitglieder dieses Verbandes und ihre Nachläufer sieben Monate vorher in Aachen? Weiter heißt es in dem Artikel: „Die Taktik des Weisheits ist unter der Ära der Unternehmervandale nur in den allerletzten Fällen anwendbar. Kapitalkräftigen Unternehmern wird man nur dann erfolgreich gegenüberstehen können, wenn man ihnen gegenüber die Taktik der fortgesetzten Beunruhigung anwendet. Man beginne den Kampf, und wenn er einige Wochen gedauert hat, und zu ersehen ist, daß es ein Entscheidungskampf wird, dann breche man ihn ruhig ab. Ist dann das Geschäft wieder in vollem Gange, dann präsentiere man wieder die Forderungen.“

Also die Taktik des Weisheits wurde nur in den allerletzten Fällen angewendet, und danach hat der „deutsche“ Verband auch verschiedentlich wieder in der letzten Zeit rechtlich gehandelt. Als im vorigen Monat in Langenbielau in Schlesien die Arbeiter der Firma Meyer gekündigt hatten und die vereinigte Fabrikbesitzer die Aussperrung androhten, mußten die Arbeiter auf Gehorsam des „deutschen“ Verbandes die Kündigung zurückziehen. Vor 14 Tagen wurde den Textilarbeitern in Göttingen durch die Führer des „deutschen“ Verbandes einfach kurzer Hand erklärt: daß der Streik nicht genehmigt werde und auch keine Gelder für denselben flüssig gemacht würden. Also kurzer Hand wird den Bewegungen der Falls umgedreht und dann müssen die Mitglieder Disziplin üben. So ist es und geht es dort, wo der „deutsche“ Verband maßgebend ist, aber in Aachen, ja da machen die „Deutschen“ das gerade Gegenteil. Ist es richtig, nur in den alleräußersten Fällen den Kampf bis zum Weisbluten anzuwenden, dann dokumentiert der „deutsche“ Verband uns selbst, daß die christlichen Führer in Aachen recht gehandelt haben, indem sie diesen Kampf abzuwenden suchten. Jedoch mit der Taktik der fortgesetzten Streiks, die wieder nach vier Wochen abgebrochen werden müssen, wird der Aachener Arbeitererschaft auch nicht gebietet sein, da dabei am allerwenigsten herauskommen würde. Da nun keiner von diesen beiden Wegen, sondern ein dritter, derjenige des ständigen Verhandlungens, eingeschlagen wird, deshalb „gleichzeit“ wohl in Aachen nichts? Daß im letzten Jahre eine ganze Anzahl Einzelbewegungen durch unsern Verband und zwar alle mit Erfolg auf friedlichem Wege erledigt worden sind, ist eben alles nichts. In allen denjenigen Betrieben, wo die Arbeiter mit Forderungen herauskommen, nur eine einzige Bewegung und zwar der „deutscherseits“ in Szene gesetzte Preßstreik, ist verloren gegangen.

Der Schiedsgerichtsbescheid vom 23. Oktober 1905 ist unter der Leitung unseres Verbandes in möglichst weitgehendem Maße durchgeführt worden. Hierbei haben sich die Arbeiter jedenfalls weit besser gehalten, als wenn nach dem „deutschen“ Rezept in Aachen ein allgemeiner Streik herbeigeführt würde, oder nach dem Rezept aus Berlin, Streiks inszeniert würden, die nach einigen Wochen wegen Unzufriedenheit wieder abgebrochen werden müßten.

### Ernst Abbes Sozialpolitik.

(Schluß.)

Das Einzelne der täglichen Arbeit wurde gemildert, indem alle über 18 Jahre alten Arbeiter einen Anspruch hatten auf 12 Tage Urlaub im Jahre, für welche sie nach einjähriger Dienzeit zur Hälfte ihren Lohn wieder erhielten.

Streit der Lohnregelung betraufte Abbe es als grandlegend, daß jeder Arbeiter mit einem festen Gehalt pro Woche oder pro Monat eingestellt wird, der als Mindestverdienst unter allen Umständen gewährleistet wird. In Zeiten höchster Konjunktur muß das diesem Lohn etwa fehlende aus dem Arbeitgeberbezirk bezahlt werden. Steigt dann die Konjunktur, so erhalten die Arbeiter noch eine vom Unternehmen abhängige Zulage, die auf Grund und auf Zeitarbeit verschieden angewandt wird. So erhebt die Gewerkschaft als unentbehrliches Organisationsglied eines strengen Lohnsystems, welches darauf abzielt, den gewöhnlichen normalen Lohn auch in Zeiten ungünstiger Konjunkturlage als Mindestverdienst zu sichern (vgl. S. 102-118 und 120-156).

Einigkeit der Anordnen- und Altersversorgung des Personalis ging Abbe von jugendlichem Geiste aus. Die Gewerkschaft treibt zu Lasten der Gewerkschaftsgemeinschaftlichen Klassen auf die höchsten Sozialleistungen, wenn sie sich nicht darauf einrichtet, von sich aus anzukommen für den ganzen regelmäßigen und organisierten Gewerkschaftlichen Arbeiterstand in ihren Betrieben, wenn sie also diesen Verbrauch nicht als festen Bestandteil, ganz ebenso wie die Amortisation der letzten Betriebsmittel, in ihre Wirtschaftspolitik aufnimmt“ (S. 351). Daher soll auch dem Arbeiter ein Recht jeden nach fünfjähriger Dienzeit ein halbes Jahr Konjunktur gegen seine Firma für den Todesfall, und für

den Todesfall zugunsten seiner Hinterbliebenen, zu geben. Abbe wollte keine Pensionen, zu welcher Unternehmung und Arbeiter Beiträge zahlen: die Firma ist, wie es in der Zeit-Stimmung unzulässig der Fall ist, allein für die Invaliden- und Altersrenten aufzukommen.

Eine der wichtigsten Bestimmungen in Abbes Bestimmungen ist die sogenannte Abbe-Versicherung. Abbe erkannte den schweren Mangel des heutigen freien Arbeitsvertrags, daß es dem Unternehmer jederzeit möglich ist, je nach den augenblicklichen Geschäftslagen heranzuziehen und diese, unbekannt mit ihr weiserem Schicksal, nach kürzerer oder längerer Zeit wieder abzugeben. Diese Kündigungsmöglichkeit ist jedoch dem Unternehmer, die für die Arbeitererschaft so leicht verhängnisvoll werden kann, welche Abbe möglichst einschränken: er brachte daher in des Statutenbuches folgenden Paragraphen hinein: „Die in hiesigen Betrieben bestehenden Gewerkschaften und Arbeiter der Stützungsbetriebe haben nach dreijähriger Dienstzeit Klagen gegen ihre Firma auf Gewährung einer Kündigung für Verlust ihrer Stellung, wenn die Kündigung des Dienstverhältnisses seitens der Firma erfolgt, ohne daß sie zur Fortsetzung der vertraglich festgesetzten Tätigkeit notwendig geworden sind, oder ihrerseits irgendwelche Veranlassung zur Vertragsauflösung gegeben haben.“

Diese und ähnliche Bestimmungen, die alle auf jeden Arbeiter bezogen sind, haben für die Arbeiter in den Stützungsbetrieben eine wirtschaftliche Sicherheit geschaffen, welche sie dem freien Markt gleichfalls. Es ist daher erklärlich, daß Abbe gewerkschaftliche Organisationen für die Jünger Arbeiter kann erziehen, wenn es für die Arbeitererschaft im allgemeinen die Organisationen für das einzige Mittel hält, die Bekämpfung der Arbeitszeit zu er-

ringen. Unmöglich Gewicht setzte er darauf, daß die Arbeiter im Arbeiterausfluß eine unabhängige, wirkliche Vertretung haben, nicht eine Kuffie, hinter welcher zuletzt wieder der Unternehmer stehen kann“ (S. 356). Nur hätte — so mahnt er in einer Rede an den Arbeiterausfluß — hier keine Kampfesformung die Oberhand erhalten. Fruchtbare Arbeit könne hier, wie überhaupt auf sozialem Gebiete, nicht geleistet werden unter der Parole: „Arbeiter gegen Unternehmer“, sondern unter der anderen Parole: „fortgeschrittene Arbeiter und fortgeschrittene Unternehmer gegen rückständige Arbeiter und rückständige Unternehmer“ (S. 261).

Abbes große Verdienste um die Weiterbildung des Arbeitsverhältnisses sind vorbehaltlos anzuerkennen. Er hat wohl die meisten in dieser Richtung laufenden Vorforderungen von Arbeitgeber und Arbeiterkreisen weit überfliegen. Zudem er unangenehm befreit war, die Arbeiter auf eine bessere Arbeitsgrundlage zu stellen, hat er die Gleichstellung von Unternehmern und Arbeitern, soweit diese überhaupt denkbar ist, in wichtigen Punkten herbeigeführt und ist dem Drange der Arbeiter nach Selbstständigkeit in weitestgehender Weise entgegengekommen. Seine praktischen Versuche und Erfahrungen und die aus denselben geschöpften Reden und Vorträge werden Sozialpolitikern jeglicher Richtung die wertvollsten Anregungen geben.

Defensivangelegenheiten sind in seinem sozialpolitischen System geringe Einseitigkeiten nicht zu übersehen, aus deren größte die übermäßige Betonung des Rechtscharakters des Arbeitsverhältnisses unter Ausschluß jeglicher karitativen Momente zu betradchten ist. Das Recht allein ist kalt und sagt kalt; die Gerechtigkeit muß im praktischen Leben hinzutreten. Hätte übrigens jemand auf den Grund der edlen Serie Abbes hinabschauen können, er hätte dort un- gekümmert neben der Gerechtigkeit auch die Liebe als

triebkräftige Wurzel seines Wirkens entdeckt. Zum mindesten hat ihn der Geist der Liebe zu den Arbeitern befeuert bei der Auslegung und Anwendung der von ihm entworfenen Rechtsnormen. Und dieser Geist wirkt auch in Zukunft tätig sein müssen bei der Handhabung des Stützungsstatuts. Sonst könnten wichtige Bestimmungen desselben doch einmal zumunften der Arbeiter ausbleiben.

Die naheliegende Frage, ob das von Abbe geschaffene und in Jena verwirklichte sozialpolitische Idealssystem Bestand haben wird, beantworten wir also: so lange die Jenaer optischen Werkstätten auf der heutigen Höhe ihrer technischen Leistungsfähigkeit bleiben und ihren monopolartigen Charakter bewahren, so lange die Geschäftslage der Firma ein glänzendes bleibt, und so lange vor allem unter allen Mitarbeitern, weniger Selbstsucht, mehr Gemeinfinn, weniger äußerer Ehrgeiz, mehr Sinn für den inneren Wert menschlicher Arbeit“ besteht, werden Abbes Einrichtungen von Dauer sein. Sollten aber namentlich die zuletzt genannten psychologischen Voraussetzungen einmal in Wegfall kommen, dann könnte es nach Abbes eigenen Worten „freitlich geschehen, daß Einrichtungen, die auf die Wirksamkeit ebener Kräfte gerechnet haben, gerade deswegen nach etwas früher zugrunde gehen müssen, als auch das andere seinen wohlverdienenden Untergrund findet, was wüßten Kampf vollkommener sich angepaßt hat“ (S. 35). Die Seltenheit des „Zusammenstiehs“ der angeführten Existenzbedingungen läßt es nicht glaubhaft erscheinen, daß Abbes ganzes System Nachahmung finden wird, wenn auch einzelne seiner Einrichtungen bereitwillig von anderen angenommen werden. Doch dadurch, daß er einer zahlreichen Arbeitererschaft in Jena eine bessere wirtschaftliche und soziale Existenz geschaffen und daß er weiteren Kreisen wichtige Anregungen gegeben, hat er „den Meisten seiner Zeit genug getan“.

Das Nachener Verhandlungssystem hat zwar verschiedene Mängel an sich, und wir wollen gar nicht verkennen, daß dieses unter Umständen zur Unzufriedenheit führen kann. Aber die Hauptsache bleibt doch immer, daß am Ende einer Bewegung etwas für die Arbeiterschaft herauskommt, und daß in Nachen bei den Einzelbewegungen immer der Fall gewesen. Die Zeiten, wo wir es mit den einzelnen Fabrikanten zu tun hatten, sind vorbei. Der Arbeiterorganisation steht ein geschlossenes Unternehmertum gegenüber. Wenn wir nun verlangen, daß unsere Organisationen seitens der Arbeitgeber anerkannt werden, müssen wir auch konsequenter Weise die Arbeitgeberverbände anerkennen und die einem solchen System anhaftenden Mängel solange mit in den Kauf nehmen, bis sich Mittel und Wege finden, eine bessere Institution an dessen Stelle zu setzen. Dieses aber durch Gewalt erreichen zu wollen, würde die Sache nur bedeutend verschlimmern. Ueberall ist man bestrebt, um die wirtschaftlichen Kämpfe zu vermeiden, möglichst weitgehende Einigungsversuche zu schaffen, und davon sollen wir auch hier in Nachen arbeiten. Solange dies nicht diejenige Form erreicht haben, wie wir sie wünschen, müssen wir eben versuchen, mit den jetzt bestehenden Verhältnissen und unter den jeweils gegebenen Umständen unsere Lage zu verbessern, und daß wir dabei in Nachen nicht schlecht gefahren sind, hat die Vergangenheit bewiesen. Der Kampf ist nicht das erste Mittel der Organisation, sondern es darf nur das letzte sein, das sie notgedrungen in Anspruch nehmen muß. Und solange sie den Kampf billiger Weise vermeiden kann, ist es ihre Pflicht und Schuldigkeit, Aufgabe der Mitglieder muß aber sein, sich in die Aufgaben der Organisation zu vertiefen, bei allem Streben nach materieller Verbesserung das Ideal nicht aus den Augen zu lassen. Dann werden dieselben auch manche Frage anders beurteilen, als dieses bis jetzt der Fall gewesen ist.

**Aus unserer Industrie.**

**Der Geschäftsgang in der Textilindustrie**

stellte sich nach dem „Reichsarbeitsblatt“ für den Monat April wie folgt:  
Die Krefelder Seidenstoffwebererei war mit Aufträgen andauernd reichlich versehen. In der Samt- und Samtbandwebererei wurde der Geschäftsgang noch besser als im Vormonat und April 1906. Allenthalben war großer Mangel an Arbeitern vorhanden.

Die Weicherei-, Färberei- und Appreturanstalten hatten recht gut zu tun. In den Gottlöcher Färbereien war fast überall im Zusammenhang mit einem außergewöhnlichen Arbeitermangel Ueberarbeit nötig. In den elfassischen Stoffdruckereien war hingegen der Geschäftsgang schwach, gegen das Vorjahr trat ein Rückgang ein.

In der elfassischen Baumwollspinnerei war die Lage unabweisbar günstig.

Die württembergische Baumwollspinnerei und Weberei war andauernd gut beschäftigt. Zugleich hielt aber auch der schon in den Vormonaten vorhandene Arbeitermangel an. Lohnserhöhungen kamen in kleinerem Umfang vor.

Die bayerische Baumwollspinnerei und Weberei hatte andauernd gut zu tun.

In der hannoverschen Baumwollspinnerei hielt der starke Beschäftigungsgrad der Vormonate auch im April an. Noch immer herrschte Mangel an geübten Arbeitern. Auch hier fanden Lohnserhöhungen kleineren Umfangs statt.

In der rheinisch-westfälischen Baumwollspinnerei und Weberei war die Beschäftigung anhaltend gut. Neue Aufträge gingen aber bei dem im Lauf des Monats gestiegenen Baumwollpreisen nur spärlich ein. Stellenweise wurden die Löhne erhöht.

Die schlesische Baumwollspinnerei zeigte in der günstigen Geschäftslage des Vormonats keine Veränderung.

Die sächsische Wigognespinnerei hatte im Berichtsmonat gut zu tun. Trotz vielfacher Lohnserhöhungen hielt der schon in den Vormonaten gemeldete Arbeitermangel an, stellenweise verschärfte er sich noch.

Die Kammgarnspinnereien hatten andauernd gut zu tun. Dasselbe wird von Hochhaarspinnereien berichtet.

Die mechanischen Hanfspinnereien und Windfadenfabriken zeigten einen lebhaften Geschäftsgang. Doch machte sich wie in den Vormonaten fast überall Arbeitermangel bemerkbar.

Die Wirk- und Strickwarenfabriken waren im Berichtsmonat vollumfänglich beschäftigt. Bei dem großen Mangel an Arbeitkräften mußten stellenweise wiederholt die Löhne erhöht werden.

Der gute Geschäftsgang der Vormonate hielt in der Schlesischen Wolllwarenfabrikation, vielfach war er noch besser als im Vormonat und April 1906. Sehr sichtbar machte sich der außergewöhnliche Arbeitermangel. In einzelnen Zweigen fanden Lohnserhöhungen statt.

In der Tuchindustrie herrschen wie in den Vormonaten günstige Beschäftigungsverhältnisse. Aus dem Lausener Bezirk wird berichtet, daß infolge der langsamen und ungenügenden Lieferungen der Kammgarnspinnereien nicht alle Webstühle im Betrieb gehalten werden konnten, so blieben besonders in den Lohnwebereien eine Anzahl Stühle unbeschäftigt. Vielfach war es immer noch schwer, die genügende Anzahl Arbeiter zu erhalten. In Sagan wurden Lohnaufbesserungen von 7 1/2 - 10 % bewilligt.

In der schlesischen Leinenindustrie trat eine Veränderung in der guten Geschäftslage gegen den Vormonat nicht ein.

**Aus den Spinnereien und Webereien.**

Dem „D. G.-Z.“ wird aus M.-Glabbad berichtet. In der allgemeinen Geschäftslage des Baumwollgewerbes am Niederrhein ist seit Monatsfrist eine Veränderung der festen Haltung nicht eingetreten. Man steht noch andauernd vor einem stürmischen Drängen nach möglichst langfristigen Abschlüssen, was nur dadurch zu erklären ist, daß man einerseits ein weiteres Anziehen der Preise und andererseits die Möglichkeit fürchtet, später nicht mehr rechtzeitig Ware zu bekommen. Diese ganz ungewöhnliche Situation bezieht sich sowohl auf das Garngeschäft als auch auf den Webemarkt. Die meisten Spinnereien und auch sehr viele Webereien haben schon ihre Produktion für 1907 vollständig ausverkauft und schließen bereits jetzt Lieferungsverträge bis in das zweite Vierteljahr 1908 hinein ab. Diese Situation muß eigentlich insofern in Erfreuen setzen, als die Nach-

richten über die amerikanische Baumwoll-ernte immer mehr darauf hinweisen, daß man es in der Tat mit einer Missernte zu tun hat. Die Schätzungen, welche von 13 Millionen Ballen sprachen, werden bereits erheblich übertroffen, und die amerikanischen Bauern rechnen von einer Ernte von 13 1/2 bis 14 Millionen Ballen. Und wenn wahrscheinlich diese letzte Ziffer auch übertrieben sein wird, so ist die Möglichkeit einer Ernte von 13 1/2 Millionen doch nicht von der Hand zu weisen. Unse verwunderlicher ist es, daß die Rohbaumwollnotierungen nicht heruntergehen, sondern im Gegenteil hier und da sogar noch steigende Tendenz haben. Diese Sachlage beweist einerseits unzweifelhaft die Macht der amerikanischen Hauspartei, aber andererseits würde diese Macht doch kaum so stark überwiegen, wenn diese die Baumwollvorräte scheitern, wenn diese Vorräte den Konsum so stark überfließen. Das letztere aber ist offenbar nicht der Fall, und darin liegt auch die Erklärung der ganzen Situation auf den Rohbaumwollmärkten. Zur Zeit rechnet man damit, daß infolge der Vergrößerungen zahlreicher Baumwollspinnereien in den letzten Jahren in den hauptsächlichsten Baumwollindustrialstaaten nicht weniger als 6 Millionen neue Baumwollspinnstühle aufgestellt worden sind, und die Vermehrung der Baumwoll-Webstühle ist verhältnismäßig ebenso stark. Unsere im vorigen Berichte ausgesprochene Ansicht, daß das Baumwollgeschäft sich nunmehr eine Zeit lang ziemlich stetig in bezug auf die Preise entwickeln werde, hat sich bisher bestätigt, da die Schwankungen nur sehr minimaler Natur waren. Es ist auch anzunehmen, daß diese Stetigkeit noch länger anhalten wird. Die Baumwollspinnereien sind außerordentlich stark beschäftigt und können die Nachfrage nach Garnen kaum befriedigen. Garnbestellungen auf sofortige Lieferzeit werden kaum noch angenommen. Wir kennen Fälle, in denen hiesige Webereien sich völlig vergeblich sowohl an die Spinnereien des M.-Glabbader als auch des Bocholter Bezirkes wandten. Dabei gehen die Garnpreise langsam weiter in die Höhe, was darum wiederum zur Folge hat, daß weitere Lieferabschlüsse für 1908 gemacht werden. So erfreulich es zweifellos ist, wenn die Industrie aufrecht lange hinaus mit Aufträgen versehen ist, so ist doch dieser ganz ungewöhnliche Zustand kaum noch als gesund zu bezeichnen. Im übrigen wird die ganze Situation noch durch den ständigen Arbeitermangel in den niederrheinischen Industriegebieten verschärft. Fast alle Spinnereien klagen darüber, daß sie mit ihrer Produktion nicht mehr die frühere Höhe erreichen, was natürlich — da die allgemeinen Geschäftskontingen die gleichen bleiben — für das einzelne Pfund Garn verteuern wirkt. Auch die Spinnereien, die Zmitatgarnen und Farnegarnen herstellen, haben sehr gut zu tun. Bei der starken Nachfrage nach diesen Gespinnen ist ein Anziehen der Preise für absehbare Zeit gar nicht zu denken. Das gleiche kann von den Spinnereien gesagt werden, die Mungogarnen und billige Streichgarnen erzeugen, und auch die Beschäftigung in Kammgarnen und Cheviotgarnen ist recht flott. Die Flachspinnereien, in Bieren und Dülken stehen andauernd vor einer stürmischen Nachfrage. Ihre Produktion wird ihnen — biblisch gesprochen — geradezu aus dem Hause getragen, da viele Leinwandweber schon über Garnknappheit empfindlich klagen. Diese Webereien selbst sind ebenfalls äußerst flott an der Arbeit, sind aber zumeist so vorzüglich, sich bei Lieferungsverträgen nicht auf weiter hinaus einzulassen, als sie Deckung in Garnen erhalten können. In den Baumwoll-Webereien wird der Auftragsbestand fast täglich größer; bis in den Spätherbst hinein drängt sich die Kundenschaft jetzt schon mit Bestellungen; namentlich Über- und Calinustoffe sind andauernd stark gefragt. Für billige Waren ist auch die Nachfrage in der Zunahme begriffen. Die Webereibetriebe machen von der allgemeinen flotten Beschäftigung keine Ausnahme. Die Vorräte in den Webereien sind völlig vergriffen, und im Handel ist bereits ein gewisser Mangel an gebleichten und gefärbten Messelwaren eingetreten. Die meisten Webereibetriebe werden ihre Produktion bereits für das ganze Jahr 1907 ausverkauft haben, und sie könnten noch weit mehr verkaufen, wenn es ihnen möglich wäre, ihre Erzeugung zu vermehren, was aber wegen des Arbeitermangels gänzlich unmöglich ist. Auch in den Bundwebereien wird flott gearbeitet, wenngleich jetzt für baumwollene Schlafdecken und Planelle für sofortigen Bedarf eine kleine Ruhepause eingetreten ist. Dafür gehen aber bereits gute Bestellungen für den Späthommer ein, so daß die Webereien ruhig auf Lager arbeiten können. Seidenstoffe, Unterrockstoffe, sind andauernd stark gefragt. Ebenso werden baumwollene Seidenzeuge in großen Posten verhandelt. Sehr gut zu tun haben auch wieder die Dünkin-, Kammgarn- und Cheviotwebereien, deren neue Muster den allgemeinen Beifall der Kundenschaft gefunden haben. Die Großkonfektionäre in Berlin, Breslau und Stettin bestellen große Posten in diesen Artikeln, die in immer größerem Maßstabe im M.-Glabbader Bezirk produziert werden. Neudrings wird wieder eine neue Kammgarnweberei mit über hundert Webstühlen eingerichtet. Auch die Futterstoff- und Schirmstoffwebererei dehnt sich hier immer mehr aus; Seidengarn-Webereifutter und dergl. finden guten Absatz, wenn natürlich auch der Hauptmarkt hierfür Eibersdorf-Berlin ist. In den Färbereien und Appreturanstalten blieb die Beschäftigung, der Gesamtlage entsprechend, ebenfalls äußerst flott. Die Kleiderfabriken arbeiten mit Ausnutzung der ganzen Betriebskraft und bringen große Posten zum Versand, da die Kleintandwirtschaft bis vor Ostern stark drängte.

**Lohnbewegungen und Arbeitsfreigkeiten.**

**Aus Eupen.**

In der hiesigen Lohnweberei von Joh. Janzen wurden schon seit längerer Zeit nicht mehr diejenigen Löhne gezahlt, welche in dem Minimal-Tarif für Lohnwebereien festgelegt sind. Dem verzeihliche Ränne wurde in der Regel nichts gezahlt. Auch wurde 1/2 Pf. pro tausend Schuß in Abzug gebracht, trotzdem die Stühle weniger als 68 Schuß pro Minute machen. Leider wurde der Tarifbruch von den dortigen Arbeitern, von welchen, wie dieses leider in vielen Lohnwebereien der Fall ist, nur ein Teil organisiert war, viel zu lange geduldet. Erst in letzter Zeit, nachdem der Ortsgruppenvorstand in einer Reihe von Versammlungen für die Lohnwebereien die Mißstände in diesen Betrieben festgestellt, wurden die Weber der Firma Janzen durch ihren Ausschuß vorstellig und forderten die Einhaltung des Tarifes. Der tarifmäßige Lohn für dreizehn Ränne wurde zugezahlt, jedoch verweigerte Herr Janzen durch allerlei Ausflüchte die Arbeiter bezgl. Begehrung der

Lohnzahl der Stühle hinzuhalten. Nachdem auch ein Vorstelligwerden des Kollegen Weber nichts fruchtete, ja Herr Janzen sich noch erlaubte die Weber zu verhöhnen, wurde die Genehmigung von seiten des Zentralvorstandes dazu erteilt, bei Nichtbewilligung des Tariflohnes in den Ausstand zu treten. Herr Janzen hat es jedoch vorgezogen, es nicht zum äußersten kommen zu lassen, sondern hat am 23. Mai den Tarif anerkannt.

Hoffentlich werden die Weber der Firma Janzen, welche noch nicht unserem Verbands angehören, von heute an wissen, wo ihr Platz ist. Zusammenhluß aller Arbeiter in der Organisation ist das beste Schutzmittel gegen Uebergriffe der Unternehmer.

Leider stehen die oben geschilderten Vorkommnisse nicht vereinzelt da, wie wir schon des öfteren an dieser Stelle feststellen mußten. Es gibt hier am Orte kleinere Lohnwebereien, in welchen die Zustände noch viel schlimmer sind. Vor einiger Zeit haben wir die Firma Madernacher erwähnt, bei welcher die Lehrlingszuchterei mit allen ihren Auswüchsen in voller Blüte stand. Ob es dort besser geworden ist, können wir nicht beurteilen, da die dortigen Arbeiter keine näheren Angaben mehr machen „dürfen“. Vor einigen Wochen hat ein Herr, der früher Färbereibesitzer war, eine Lohnweberei mit sieben Stühlen übernommen. Nach Angabe der dortigen Arbeiter müssen in diesem Musterbetriebe geradezu unbegreifliche Zustände herrschen. Die Arbeiter sind der Meinung, daß den Weberinnen weniger Schüsse bezahlt werden, als sie in das Städt einbringen müssen, trotzdem der Arbeitgeber von der Firma, für welche er in Lohn arbeitet, die vorgeschriebenen Schüsse bezahlt erhält. Dieses soll von einer Weberin festgestellt worden sein, welche sich in dieser Sache an die betr. Tuchfabrik in Linden wandte. Ferner werden den Weberinnen Stoppföhne einbezahlt für Fehler, welche durch die Nachlässigkeit in diesem Betriebe entstehen. So sollen z. B. für eingeschlagene Leisten Strafen abgehalten werden, obwohl es den Weberinnen durch das Fehlen jeder Einrichtung zum Einschlagdämpfen unmöglich gemacht ist, fehlerfreie Arbeit zu liefern. Beschwerden und Vorstellungen der Arbeiterinnen werden von Herrn Mertens in grober oder höhnlicher Weise beantwortet. Wir könnten noch mehrere „Unnehmlichkeiten“ aus diesem Betriebe berichten, aber Vorstehendes dürfte genügen, um zu zeigen, wie gewisse auch von selber her schon bekannte Herren ihr Handwerk treiben.

Wir gönnen jedem Menschen sein Fortkommen, werden jedoch mit aller Entschiedenheit die Ausbeutung der Arbeiter wie sie von einzelnen Lohnwebereien getrieben wird, bekämpfen. Denn Ausbeutung der Arbeiter, und schwere Schädigung der Webereibetriebe muß man es doch nennen, wenn ohne Mittel Lohnwebereien eingerichtet werden und die Arbeiter, wenn sie ein Stück fertig haben, nicht wissen, ob sie in den ersten drei oder vier Tagen Geld erhalten oder nicht, und wenn dieses der Fall ist, sich auf alle möglichen Strafen und Abzüge gefaßt machen können. Andererseits ist ja bekannt, daß es solchen „Unternehmungen“ nur dadurch möglich ist Arbeit zu erhalten, wenn sie es verstehen, in den Tuchfabriken die Preise zu drücken und es dadurch die dortigen Lohnwebereien immer schwerer machen, lohnende Arbeit zu erhalten. Welchen ungünstigen Einfluß solche Konkurrenz auf die Löhne der Weber in allgemeinen ausüben muß, liegt klar auf der Hand.

Die Frage, wodurch solche Mißstände in den Lohnwebereien einzeln beseitigt, ist nicht schwer zu beantworten. Interesslosigkeit und Mangel an Standesbewußtsein ist leider immer bei einem großen Teile der Lohnwebereiarbeiter in hohem Maße zu finden gewesen. Von Kollegialität und Solidarität keine Spur, im Gegenteil: Schlechertum und Spießkesserei findet man nirgends mehr als gerade in den kleinen und kleinsten Lohnwebereien. Sollen dort bessere Verhältnisse Platzgreifen, so ist es notwendig, daß diese Arbeiter sich aufrufen und Schutz und Hilfe in der Organisation suchen. Von seiten unseres Verbandes ist kein Mittel unversucht geblieben worden, diese Kollegen und Kolleginnen aufzuklären und ihre Lage zu verbessern. Leider ist die große Mehrzahl von den Versammlungen ferngeblieben und haben es so dem Verbands und den richtigdenkenden Kollegen und Kolleginnen unmöglich gemacht, die eingetretenen Mißstände zu beseitigen.

Wir fragen: soll dieses so weitergehen? Wenn ja, dann können diese Arbeiter das Sprichwort auf sich anwenden: „ein jeder wird so behandelt, wie er es verdient.“ Sind aber die Arbeiter zu einer besseren Ueberzeugung gekommen, so mögen sie das Verfaulene nachholen, sich unserem Verbands anschließen und mithelfen, ihre unwürdige Lage zu verbessern.

Den Mitgliedern unseres Verbandes wird dringend ans Herz gelegt, nicht eher Arbeit bei solchen Firmen anzunehmen, als bis dort andere Zustände herrschen.

**M.-Glabbad.**

Die Wollweber der Firma M. Erdens u. Co. haben mit ihrer Firma Differenzen, monon die Arbeiter gebührend Notiz nehmen mögen.

**Aus dem Verbandsgebiete.**

Altwaasser 6. Waldenburg. Christi Himmelfahrtstag fand hierjehlt eine öffentliche Versammlung statt. Der Bezirksleiter, Kollege Müller-Neupadt behandelte in seinem Vortrage die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung, insbesondere die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften. Es war dies die erste öffentliche Versammlung von seiten der christlichen Gewerkschaften in Altwaasser. Der Besuch ließ viel zu wünschen übrig. Die Diskussion aber war eine lebhaft. Und besonders seien hiermit einige Ausführungen des Berliner Sachabteilungs-Sekretärs Müller aus Waldenburg wiedergegeben: Vor allen Dingen hätten die christlichen Gewerkschaften absolut kein Programm. Dann mußten Giesberts und Schäfer herhalten. Ersterer, weil er in Breslau den direkten Einfluß der Kirche in unserer Bewegung abgelehnt habe, letzterer, weil er in Breslau auf der öffentlichen Versammlung während des Kongresses der Berliner gegenüber eine scharfe Stellung betreffs des Streiks vertreten habe. Der Referent ging auf die einzelnen Punkte näher ein und demgegenüber erklärte Müller-Waldenburg: „Es geben Streiks, die berechtigt sind. Helfen alle friedlich angewandten Mittel zur Befriedigung der Differenzen nicht, ist dann das weitere Vorgehen gut überlegt, und sind Maßnahmen vorhanden, daß das Streiken von Erfolg für die Arbeiterschaft ist, dann mache ich solchen Streik auch mit.“ (Die

Berliner Richtung verurteilt doch jeden, noch so berechtigten Streit. Wie verhält sich dieses mit den Ausführungen des Berliner Sekretärs?) Des weiteren sprach der Vorsitzende der Sachabteilung von Altwaasser. Diesem guten Manne, Heintze, war etwas auf die Nerven gefallen. Man hatte nämlich den Sachabteilungsreferent ein Einladungsbüchlein zu unserer Versammlung in die Hand gedrückt. Damit, sagte er, ist unsern katholischen Sachabteilungen der Fehdehandschuh hingeworfen. Ich nehme denselben an und werde die christlichen Gewerkschaften bekämpfen bis zur Vernichtung. (Echte überfatholische Berliner Nächstenliebe. Wir empfehlen dem Manne kalte Umschlüge. Uebrigens versprach unser Referent demselben einen Gedanken, wenn durch ihn unsere Gewerkschaften zermalmt würden.) Nur wir in unsern Sachabteilungen sind die einzigen, die christliche Grundsätze vertreten. Die christlich nationale Bewegung hat diesen Boden durch Verwerfung der Weberischen Mesofution auf dem Streifelder Kongress verlassen. Die christlich nationale Bewegung stellt die Arbeit als Ware hin, wir aber, die Sachabteilungen, achten und vertreten dieselben als persönliches Gut.

Der Referent zerstückte diese Faselien nach allen Richtungen und erklärte besonders, daß wir nie die Berliner Herren darum fragen werden, wo wir einsehen.

Aus diesem ersieht man wieder, wie inhaltslos das ganze Berliner System ist. Deshalb, Arbeiter und Arbeiterinnen aller Berufe, hinein in die christlichen Berufsverbände! Agitiert ruhig weiter, damit auch wir an Zahl und Stärke immer mächtiger werden.

Nordhorn. Unsere am 12. Mai abgehaltene öffentliche Versammlung hätte besser besucht sein können. Kollege Lindelamp eröffnete dieselbe und erteilte zunächst das Wort der auswärtigen Referentin. Dieselbe sprach klar und fließend, insbesondere über die Stellung der Frau im wirtschaftlichen Leben. Mit einem warmen Appell, daß doch die hiesigen Arbeiterinnen sich auch immer mehr dem Verbands anschließen möchten, schloß die Referentin ihre mit lebhaftem Beifall ausgenommenen Ausführungen. Sodann erhielt als zweiter Redner unser Vorsitzender Kollege Sparenberg das Wort, welcher sich über das Thema, „soziale Zeitfragen“, verbreitete. In seinem einständigen Vortrage verhandelte er, uns die früheren und jetzigen Verhältnisse vor Augen zu führen. Ihm wurde wohlverdienter Beifall zu teil. An der nun folgenden Diskussion beteiligte sich Kollege Heilen, welcher in seiner holländischen Ausdrucksweise es verstand, nochmals an die Unorganisierten zu appellieren, damit auch sie unsern Verbands beitreten. Weil keine weiteren Diskussionsredner gemeldet waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Wettingen. Am 12. Mai fand hier eine Versammlung der christlichen Gewerkschaft statt, wozu fast sämtliche Kollegen und Kolleginnen erschienen waren. Zunächst wurde der Quartalsabschluss für das erste Vierteljahr vorgelesen. Hierauf wurde beschlossen, zwei Kolleginnen zum Vorstande zu wählen, welches einstimmig angenommen wurde. Darauf nahm unser Bezirksvorsitzender Camps das Wort und sprach in einestündiger Rede über Nutzen und Zweck der christlichen Gewerkschaft. Redner ermahnte die Kollegen, stets der Fahne treu zu bleiben und jeder Versammlung beizuwohnen. Dann wurde die Anschaffung von Lohnbüchern vorgeschlagen, um nach Jahresabschluss Ein- und Ausgaben für jeden einzelnen in der christlichen Gewerkschaft besser übersehen zu können. Nachdem dieses angenommen und dem Redner durch lebhaften Beifall gedankt war, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

**Gewerkschaftliche u. soziale Rundschau.**

**Prozeß.**

Der Beleidigungsprozeß der Hüttenheimer Betriebsleitung gegen den Kollegen Fischer hat am 14. Mai vor dem Oberlandesgericht in Colmar nunmehr endgültig seinen Abschluß gefunden. Bei der von Kollegen Fischer gegen das schöffengerichtliche Urteil eingelegten Berufung wurde die Strafe des Letzteren auf 50 Mk. ev. fünf Tage Gefängnis herabgesetzt, während Herr Direktor Langen zu 40 Mk. ev. vier Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Gegen seine Berufung hatte Herr Langen Revision beim Oberlandesgericht zu Colmar eingelegt. Letzteres hat nunmehr die Revision kostenfällig abgewiesen. Es bleibt also bei der Beurteilung des Herrn Langen. Hoffentlich hat letzterer aus diesem Prozeß ebenfalls seine Lehren gezogen.

**Die III. Weltdeutsche Konferenz der evangelischen Arbeitervereinsmitglieder und der evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften**

findet am 23. Juni, nachmittags von 2 Uhr ab, im Evangelischen Vereinshaus in Fern a. d. Ruhr statt.

Die Tagesordnung ist wie folgt festgelegt: 1. Konstituierung der Versammlung, 2. Welcher Gewerkschaften? Referent: Gewerkschaftssekretär Wilh. Waldbaum-Bielefeld, 3. Freie Aussprache, 4. Die vaterländischen Arbeitervereine (Referent: Arbeitersekretär Fern. Kaistenbeul-Essen), 5. Diskussion.

**Ein Wind für Arbeiter-Ausschlüsse!**

„Ein gefährlicher Geselle“ wird in Nr. 20 der „Textilarbeiter-Zeitung“ der Staub genannt, und wahrlich, einen schlimmeren Feind der Arbeiter kann man sich nicht denken. Wird doch durch ihn das wertvollste zeitliche Gut, was der Arbeiter besitzt, seine Gesundheit, und damit seine Arbeitskraft auf das Schwerste bedroht. Wenn 45% der Textilarbeiter an der Lungenschwindsucht vor der Zeit zu Grunde gehen, dann ist diese erschreckende Tatsache wohl nicht zum geringsten Teil auf die verderblichen Wirkungen des Staubes zurückzuführen. Unjomehr haben wir Ursache, an der Bekämpfung dieses schlimmsten Feindes der Arbeiter mitzuwirken. Zwar sind in dieser Beziehung viele gesetzliche Vorschriften erlassen worden, daß aber dadurch die Sache nicht immer gebessert, sondern mitunter noch verschlimmert wird, darauf hinzuweisen soll Zweck dieser Zeilen sein.

Bekanntlich ist durch Gesetz verboten, Blei-Nadeln als Schwergewicht an Parafischen zu verwenden. Nun ist man in gewissen Betrieben auf den furchtbar gefährlichen Gedanken gekommen und hat dieselben zum Sammelgewinn und daraus Gewichtskette zum Schonen der Kette und besonders der Ranten gemacht. Nun sind aber besonders die Contra-Gewichte den ganzen Tag in Bewegung und reiben fortwährend auf den feinsten Fußboden herum. Die

Folgen davon sind ganze Wagen von Bleistift unter den Stühlen. Nun trübt der Weber Samstag mit dem Handfeger unter den Stuhl, um zu reinigen. Ganze Wollen von Staub, hauptsächlich aus dem abgeriebenen Blei bestehend, wirbeln auf und werden eingeatmet. Hier wäre es Aufgabe der Arbeiter-Ausschüsse, ganz energisch auf Abstellung zu bringen, eventuell die Hilfe der Gewerkschaften in Anspruch zu nehmen. Wenn es Aufgabe der Ausschüsse ist, in Lohn- und sonstigen Angelegenheiten die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten, dann in erster Linie, wenn es gilt unser wertvollstes Gut, unsere Gesundheit zu schützen.

**Christlich-nationale Arbeiterbewegung.**

Herr Pfarrer Wumm schreibt uns: Fingstagen sind es 25 Jahre, seit die evangelische Arbeiterbewegung eingesetzt hat. Zwar gibt es schon seit mehr als fünfzig Jahren evangelische Arbeitervereine in Bayern. Aber die Bewegung setzte doch erst im Jahr 1882 in Gießenkirchen durch den verstorbenen Lehrer Bischof der erste evangelische Arbeiterverein gegründet wurde. Dann ging es weiter zur Gründung des rheinisch-westfälischen Verbandes im Jahre 1886 und zur Gründung des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine im Jahre 1890. Wenn man ins einzelne blickt, dann verschwindet das Wenige das geschehen leicht dem Bild, der vorwärts schaut, wie viel zu tun noch übrig bleibt. Wenn man aber unter dem großen, gesellschaftlichen Gesichtspunkte das endende neunzehnte Jahrhundert überblickt, dann wird man unter denjenigen Faktoren, die das Auseinanderreißen des Klassenkampfes von unten und des Klassenkampfes von oben zu verhindern wußten, die evangelische Arbeiterbewegung nicht in letzter Linie zu nennen haben. Diese Geistesströmung hat mit allen denen, die evangelisch-soziale Arbeit taten, dazu mitgewirkt, daß die Hoffnung auf eine Verjüngung des arbeitenden Volkes mit dem ganzen Volkstörper nie völlig geschwunden ist. In späterer Zeit freilich dürfte man jene ersten fünfzig-jährigen Jahre nur als die Zeit der ersten Rosenbrüte, der ersten tastenden Anfänge nennen. Man wird es aber auch zu den Ruhmesstätten der gegenwärtigen Führer zählen, daß sie darnach gestrebt haben, sich selbst überflüssig zu machen: daß sie durch Ausbildungskurse dafür gejorgt haben, aus dem Arbeiterstande selbst Männer heranzubilden, denen nun auch die führenden Stellen der evangelischen Arbeitervereine in besonnenem Fortschreiten erstattet werden mußten. Jede Bewegung zeigt darin ihre Gesundheit, daß sie ihre Führer aus ihren eigenen Reihen herausbildet, und die gegenwärtigen Führer, Pfarrer Lic. Weber voran, haben es immer als ihre Aufgabe erachtet, die Zeit vorzubereiten, wo Arbeiter selbst die Dinge ihres Standes in die Hand nehmen konnten.

Für die Arbeit kirchlich-sozialer Männer aus der Bildungsgeschicht bleibt dabei immer noch ein reiches Maß, das zeigte wieder der kirchlich-soziale Kongress in Karlsruhe, der sich mit einer „Theorie für die christlich-nationale Arbeiterbewegung“ beschäftigte; auf diesem Felde ist noch viel geistige Arbeit zu leisten! Die Konferenz legt das größte Gewicht darauf, daß der Arbeiterbewegung, insbesondere der christlichen Arbeiterbewegung, ihr eigenes Wachstum erhalten bleibt. Die Gewerkschaften müssen unbedingt, die evangelischen Arbeitervereine wenigstens teilweise die Führer aus ihrem eigenen Stande heraus stellen. Aber sowohl bei der Aufgabe, der nationalen Arbeiterbewegung Bahn zu brechen und sie in den Sattel zu setzen, wie bei der Aufgabe, sie theoretisch zu vertiefen, haben auch Angehörige anderer Stände und Theoretiker ein Recht und Pflicht der Mitarbeit, und gar manches Mal hat man das Empfinden, es seien nicht zu viel, sondern zu wenig Angehörige anderer Stände, die ein Interesse für diese große, ständig erstarrende Bewegung haben.

Für diejenigen, denen erst Luft gemacht werden muß, überhaupt die Notwendigkeit eines Emporkommens des arbeitenden Volkes anzuerkennen, noch einige Worte. Man kann mitunter die Auffassung haben, die Arbeiter hätten so viele Verbesserungen erlangt, daß es nun einmal Zeit sei, Schluss zu machen. Was erwidern wir darauf?

Zunächst einige Tatsachen: auf der letzten kirchlich-sozialen Hauptversammlung wurde mitgeteilt, daß die Weltberühmte Hirma Krupp im Jahre 1907 an die Bergische Normal-Schicht-Löhne von 1,80 bis 2,30 M. zahlt, und davon soll eine Familie leben!

Das Berliner Warenhaus Berthelm, das früher gern Bekannte mit seinem sozialen Entgegenkommen gegenüber seinen Angestellten rühmte, hatte jüngst 90 höhere Angestellte entlassen, weil dieselben gegen die Sparmaßnahmen des einig anderen Warenhauses übergegangen sind. Vor dem Kaufmannsgericht verlangte die Hirma Berthelm, daß eine Angestellte zu einer Strafbüße für jeden Tag der Zuwiderhandlung verurteilt werde. Das 90-jährige Mädchen wurde, als sie den Antrag hörte, von einer ihrer Verwandten ermahnt, das Gericht zu verlassen, weil sie nicht mehr emporen wolle, und wenn das Kaufmannsgericht das D. von Bodehewich jetzt im ursprünglichen Angebotsstande freigibt, um sich greifen zu lassen, daß es nicht ein gut Stück deutscher Hoffnung darstellt, daß in den arbeitenden Schichten unseres Volkes ein kräftiger Wille, emporkommend, vorhanden ist. Was man wünschen muß, ist nur dieses, daß dieses Aufsteigen sich geordnet vollzieht. Deshalb und wegen dieser ist aber einleuchtend, und darum kämpfen wir für eine solche Organisation auch im arbeitenden Volk.

In Preußen gab es im Jahre 1904 noch mindestens 6 Millionen Erwerbstätige mit einem Einkommen von weniger als 900 Mark im Jahre; 25 Millionen die Angehörigen mit geringeren Einkommen von 37 Millionen Erwerbstätigen streifen leben also unter Verhältnissen, die die untere Stufe bezeichnen; sollte da nicht eine Verbesserung eintreten sein, wo doch in den anderen Ständen überall Verbesserungen an der Tagesordnung sind, und wo das Leben, insbesondere die Miete, Fleisch und Milch, viel teurer geworden sind, als in früheren Zeiten? Kein Volkstrend kann dem arbeitenden Volke sein Aufstreben verweigern. Es wäre trübsalig, wenn die unterste Schicht nicht mehr emporen wolle, und wenn das Kaufmannsgericht das D. von Bodehewich jetzt im ursprünglichen Angebotsstande freigibt, um sich greifen zu lassen, daß es nicht ein gut Stück deutscher Hoffnung darstellt, daß in den arbeitenden Schichten unseres Volkes ein kräftiger Wille, emporkommend, vorhanden ist. Was man wünschen muß, ist nur dieses, daß dieses Aufsteigen sich geordnet vollzieht. Deshalb und wegen dieser ist aber einleuchtend, und darum kämpfen wir für eine solche Organisation auch im arbeitenden Volk.

**Christliche Gewerkschaften und die Landarbeiterfrage.**

Zu diesem Thema hat der Redakteur Wolf in einer Versammlung in Wangenbad Beiträge angebracht, die wenigstens in einem Punkte dringender der Korrektur bedürfen. Es ist dies der zweite Beitrag, welcher lautet:

„Die christlichen Gewerkschaften haben den neuen Sozialismus mit dem Rückzug der Landwirtschaft gebilligt und auch gegen die Angriffe der Sozialdemokratie unter den schwierigsten Verhältnissen verteidigt.“

Diese Behauptung steht mit den Tatsachen im Widerspruch. Die christlichen Gewerkschaften haben zum Sozialismus überhaupt keine Stellung genommen, sondern es jedem Mitgliede freigestellt, außerhalb der Gewerkschaft zu dieser vorwiegend politischen Frage (für oder gegen) Stellung zu nehmen.

**Der christliche Metallarbeiterverband**

hat nach dem Jahresbericht der Verbandsleitung im verflossenen Jahre erhebliche Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl stieg von 17140 auf 26272, mithin ist eine Zunahme von 9132 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Einnahmen stiegen von 265416 auf 517699 M. Die Ausgaben beliefen sich auf 290142 M. Das Barvermögen des Verbandes stieg von 132000 M. auf 389789 M. Auf den Kopf des Mitgliedes entfallen 14 M. 86 Pf. Mit diesem Barbestand hat der Verband die älteren Kirch- und Gewerkschaften wie sozialdemokratischen Verbände bedeutend überflügelt, da dort das Vermögen kaum 8 resp. 7,75 M. pro Mitglied beträgt. Auch das Unterfütungsweesen konnte im verflossenen Jahre bedeutend erweitert werden. So wurde die Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit auf 20 Wochen ausgedehnt, bei einer wöchentlichen Unterstützung von 6 bis 10 M. Außerdem wurde die Sterbeunterstützung bis zu 100, Umzugsunterstützung bis 40 und Wanderunterstützung auf 70 M. erhöht. Der wöchentliche Beitrag wurde auf 50 Pf. festgesetzt. An Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen war der Verband in 137 Fällen, davon in 32 allein beteiligt, an welchen 8833 Mitglieder teilnahmen. Die meisten Bewegungen betrafen die Aufbesserung der Löhne oder Verrückung der Arbeitszeit konnten auf friedlichem Wege durchgeführt werden.

**Erster Kongress der christlichen Gewerkschaften der Schweiz.**

Eine Tagung von weitgehender Bedeutung für die weitere Entwicklung und Lösung der schweizerischen Arbeiterfrage war der am Sonntag den 12. Mai in Winterthur stattgehabte erste Kongress der christlichen Gewerkschaften der Schweiz. — Aus dem ersten Stadium der Entwicklung heraus ist die christliche Arbeiterbewegung mit einer bestimmten Programm-Praktikation vor das arbeitende Volk getreten. Delegierte und Gäste aus allen Kantonen waren in einer stattlichen Zahl von ca. 200 anwesend. Als Vertreter der deutschen christlichen Gewerkschaften war deren Generalsekretär A. Stegerwald erschienen, ferner kamen ein Vertreter der schweizer evangelischen Arbeitervereine, Dr. Scheuwer, Prof. Jung u. a. m. Die Hauptverhandlungen bezogen sich auf das gewerkschaftliche, sozialpolitische und genossenschaftliche Programm. Referenten in der Reihenfolge der Thematika waren: Redakteur Brühlmeier, Dr. F. Baumberger, Sekretär Sander. Das Ergebnis der Tagung war die Aufstellung folgender Leitsätze: Gewerkschaftliches Programm: „Die christlichen Gewerkschaften sind selbständige, von jeder Parteipolitik unabhängige, interkantonale, auf dem Boden des Christentums stehende Arbeiter-Verbandsorganisationen zwecks Hebung der geistigen und wirtschaftlichen Lage der Arbeiter auf Grundlage eines gerechten Ausgleichs zwischen Arbeitgeber und Arbeiter.“ Demzufolge erziehen sie: „Eine angemessene Verrückung der Arbeitszeit und Lohn-erhöhung, Schutz der Sittlichkeit, Gesundheit und des Lebens der Arbeiter.“ Mittel zum Zweck: „Soziale Schulung, Statistik, Unterweisung, Abbruch von Tarifverträgen. Der Streik darf nur als letztes Mittel, und wenn Erfolg derselben angezweifelt werden, die Wirksamkeit der Gewerkschaften soll fest und entschieden sein.“ Sozialpolitik: „Für die gegenwärtigen Verhältnisse kommen folgende sozialpolitische Programmpunkte in Betracht: 1. Auf kommunalem Boden: a) Ankauf von Grund und Boden und Er-pfickung billiger Wohnungen. b) Einführung von Arbeit- und Wohnungsämtern, c) Errichtung der Einbürgerung von Ausländern. 2. Auf kantonalem Boden: a) Verstaatlichung der Gebäude- und Wohn-versicherungen, b) Arbeiter- und Arbeiterinnen-Schutzgesetz, Aufstellung männlicher und weiblicher Fabrikinspektoren, c) Subventionierung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenstellen. 3. Auf eidgenössischem Boden: a) Kranken- und Unfallversicherung, b) Revision des Fabrikgesetzes, Subventionierung der Kantone für eine Alters- und Invalidenversicherung.“ Überhaupt wurden für das Genossenschaftswesen, das in den christlichen Gewerkschaften zu hoher Blüte zu gelangen vertritt, ideale und praktische Leitsätze aufgestellt. Ueber die Notwendigkeit der Arbeiterorganisationen im allgemeinen und der christlichen im besonderen ist heute in interkantonalen Kreisen kaum noch Zweifel vorhanden. Hervorzuheben ist die zunehmende Anziehung des Verzeichnisses der evangelischen Arbeitervereine, welcher sich von den Verhandlungen ausserordentlich be-zuglich fühlte. Unter dem Titel „Christlich-sozialer Arbeiterverband der Schweiz“ haben sich die landtlichen christlichen Gewerkschaften konzentriert unter dem Vorsitz des Redakteurs Brühlmeier und eines hiesigen-gleichartigen Ausschusses. Der nächsten Tagung wird zweifellos ein weiteres Aufblühen und das Anwachsen der christlichen Organisation folgen.

**Krankentaggelassen.**

Der Regierungspräsident zu Düsseldorf hat in bezug auf das Krankentaggelassen eine Verfügung erlassen, in der es heißt: „Bei der Revision der Sozialkassen des Bezirkes hat sich in vielen Fällen herausgestellt, daß die Krankentaggelassen namentlich bei kleineren Kassen eine so mangelhafte war, daß die Wohnung der Rechte der Mitglieder nicht genügend gewährleistet schien. Die Gründe hierfür liegen in wesentlichen in der Personlichkeit der betreffenden Krankentaggelassen, welche vielfach nicht die nötige Vorbildung in Kassenangelegenheiten, auch teilweise nicht die Fähigkeit und Energie haben, sich in die Kassenangelegenheiten einzusetzen oder wegen hohen Alters dazu ungeeignet sind. Sodann liegen die Schwierigkeiten durch die Unzulänglichkeit der durch die Krankentaggelassen zu machenden Beiträge. Sie erfolgen bei vielen Kassen nicht häufig genug; auch liegen sie vielfach die Krankentaggelassen und Sozialkassen vor, welche namentlich bei den Kassen, bei denen der Krankentaggelassen nicht vollständig ist, durchgängig verlangt werden muß. Die Schwierigkeiten dürfen sich nicht nur auf die Festsetzung des Krankentaggelassen und auf Verrückung der Beiträge zu machen, sondern müssen sich auf die gesamte Verwaltung beziehen, und falls den Kassen die Eintragung der Beiträge für die Sozial-

versicherung übertragen ist, auch auf die Kassenführung bezüglich dieser erwidern. Die Aufsichtsbehörden erzeuge ich, nach Möglichkeit vierteljährlich eine Revision vorzunehmen, sowie darauf hinzuwirken, daß die Kassenverordnungen allmonatlich revidieren. Ferner erzeuge ich die Aufsichtsbehörden, ihren Einfluß mehr als bisher dahin geltend zu machen, daß bei der Wahl von Kassenrentanten nur solche Personen in Frage kommen, welche entweder bereits eine Vorbildung in Kassenangelegenheiten haben oder eine Garantie dafür bieten, daß sie in der Lage sind, sich mit den auf die Kassenführung bezüglichen Bestimmungen in kurzer Zeit vertraut zu machen und die Geschäfte darnach ordnungsmäßig zu besorgen. Als ein weiterer Mangel hat sich die große Zersplitterung im Krankentaggelassenwesen, namentlich in den ländlichen Bezirken, herausgestellt, in denen die Textilindustrie eine größere Bedeutung erlangt hat. Es finden sich hier viele kleine Kassenrentanten vor, die sich als durch-aus lebensunfähig erwiesen haben, und von denen nicht zu erwarten ist, daß sich ihre finanzielle Lage in Zukunft bessern wird. In Kreisen, wo dies der Fall ist — es kommen hier namentlich auch Geldern und Kempten in Betracht —, wird es sich empfehlen, auf die Verschmelzung dieser kleineren mit größeren lebensfähigeren Kassen hinzuwirken. Auch ist zu erörtern, die nur als Nothbehelf gedachte Gemeinde-krankentaggelassen möglichst bald vollständig zu be-zeigen und an deren Stelle die für die Versicherten weit günstigeren Ortskrankentaggelassen treten zu lassen. Die Verschmelzung lebensfähiger Betriebskrankentaggelassen mit Ortskrankentaggelassen ist dahingegen nicht be-sonders anzuführen, vielmehr die Bildung von sol-chen nach Möglichkeit zu unterstützen.“

**Posadowski über die deutschen Arbeiter-verhältnisse.**

Der Berliner Vertreter eines englischen Gen-erationsblattes, der „Daily Mail“, hat eine Unter-redung mit dem Staatssekretär des Innern Graf v. Posadowski gehabt. Dabei soll sich dieser Lo-omotivführer unserer Sozialpolitik über die Arbeiter-verhältnisse dahin ausgesprochen haben: „Deutsch-land hat aufgehört ein Exporteur von Menschen-materiale zu sein, es hat sich im Gegenteil zu einem Importeur auf diesem Gebiete entwickelt, dessen Bedeutung von Tag zu Tag zunimmt. Deutschland befindet sich augenblicklich in einer derartigen Pro-positivität, daß die Industrie nicht nur mit einem Ar-beitersmangel, sondern auch mit einem Kohlenmangel zu kämpfen hat, weil es den Beiden nicht möglich ist, soviel Arbeiter zu finden, um das kolossale Be-dürfnis der Industrie zu decken. Dieser Arbeiter-mangel hat die Fabrikanten und Landwirte ge-zwungen, Hilfskräfte aus dem Auslande zu holen; und so oft ist denn auch in der letzten Zeit ein ganz enormer Import von Russen, Polen, Ungarn, Ita-lienern und auch Engländern notwendig gewesen. Da-ber diese Leute zum größten Teil dem minder-wertigen Arbeiterelium ihrer Heimat entstammen, haben sie eine Arbeiterkraft von zweifelhaftem und gefährlichem Charakter in Deutschland eingeführt, die dem heimatischen guten Arbeiter in keiner Weise ebenbürtig ist. Wie gefährlich dieser Menschenimport sein kann, zeigt der jüngste Fall von Borden in Belgien, der direkt durch italienische Arbeiter eingeleitet worden ist. Auch für die Landwirtschaft ist die Arbeiterfrage jetzt viel wichtiger als die Preisfrage der Produkte.“ — Daß Graf Posadowski die Frage der Heranziehung von ausländischen Arbeitern von diesem Gesichtspunkte aus ansieht, ist bekannt. Anheimend hat er durch die scharfe Betonung dieser Gefahr verhindern wollen, daß die Unternehmer vor dem Hereinbruch einer schlechten Zeit die starke Ein-fuhr von ausländischen Arbeitern zum Schaden der deutschen Arbeiter fortsetzen. Gehört wird er bei den Herren natürlich nicht finden.

**Diese Leute behaupten, keine Parteipolitik zu treiben.**

Der Arbeiter-Verein vom Werke Augs-burg e. V. erläßt an seine Mitglieder folgendes Rundschreiben:

„Arbeiter-Verein vom Werk Augsburg (E. V.). Augsburg, 17. Mai 1907. An unsere werthen Mitglieder! (gültig soweit wahlberechtigt.) Landtagswahl.“

Sie erachten es für unsere Pflicht, gleich wie bei der letzten Reichstagswahl, auch bei der bevorstehenden Landtagswahl unsere Mitglieder daran zu erinnern, wie unser Verein vor und seit seiner Grün-dung von der Zentrum- und sozialdemokrati-schen Partei und deren Abgeordneten auf die grösste Weise angegriffen (?) und beleidigt (?) wurde, und daß es deshalb keines unserer Mitglieder mit jener Übre vereinbaren kann (!), die dem Zentrum (!) und von der Sozialdemokratie vorgeschlagenen Land-tagsabgeordneten zu wählen!

Denn sich unsere Mitglieder ein richtiges Bild machen können über das Eintreten vom Zentrum und Sozialdemokratie im Reichs- und Landtag hinsichtlich der Arbeiterinteressen, empfehlen wir dringend, die jetzt schon stattfindenden ver-schiedenen Versammlungen der liberalen Partei fleißig zu besuchen. Freundlich grüßend! Arbeiter-Verein vom Werk Augsburg (E. V.). Der stellv. Vorsitzende der Vorstandschafft: Ludwig Schwingler.“

Der Arbeiter-Verein vom Werk Augsburg wirft also abwärts die Rolle ab und entpuppt sich wiederum als wachsendes Parteigewächs, das direkt in die Politik eingreift. Was sagt die Lei-tung des Werkes Augsburg zu diesem parteipolitischen Treiben des gelben Arbeitervereins? Was sagt sie dazu, daß in solcher Weise ein Verein zu Partei-zwecken mißbraucht wird, dem auch hunderte von Mitgliedern als Mitglieder angehören? Und was sagt der Magistrat, was sagen die L. Kreis-regierung und das L. Staatsministerium des Innern zu dieser politischen Tätigkeit eines „nichtpolitischen“ Vereins? Darf ein nicht-politischer Verein des Vereinsgesetz umgehen, ohne befristet zu werden, entweder in die Schranken ge-worfen oder als politischer Verein erklärt zu werden?

**Durch die Submision ruiniert!**

Folgende Meldung geht durch die Presse: Ueber einen Gnadentat des Kaisers gegenüber einem durch das Submisionswesen in eine traurige Lage ge-rathenen Handwerkers wird aus dem Oben gemeldet: Der Klempnermeister Paul aus Birnbaum, der bei der Ausführung der Klempnerarbeiten beim Eisenbahnbauwerkstättenbau in Schneidemühl infolge Unvorsichtens der Direktoren sein Vermögen ein-brachte, erhielt auf sein Gnadengesuch hin vom Kaiser 5000 Mark. Infolge dieses Falles ordnet man ein Klempnermeister an, daß Offizien mit Preisen, zu denen auch Anstalt der Behörden

Arbeiten unausführbar seien, bei Submisionen unberücksichtigt zu bleiben haben.“ Dieser Vorgang ist um so beachtenswerter, als der Mann nach dieser Meldung offenbar sein Un-glück selbst verschuldet hatte. Für die Handwerker-organisation wird der Vorfall hoffentlich eine Lehre sein, gründlich auf die Ausbildung ihrer Mitglieder in der Kalkulation zu sehen.

Da kämpfen die Handwerkermeister, wenn ihre Gesellen anständige Löhne fordern. Durch Schleuder-konkurrenz aber schaffeln manche Handwerker ihrem eigenen Stande das Grab.

**Versammlungskalender.**

- Bocholt. 3. Juni, von 8 1/2 bis 12 Uhr Abrechnung der Vertrauensmänner.
- Bocholt. (Arbeitervertreterverein.) 5. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Franz Zimping.
- Beuel. 2. Juni, 5 Uhr, bei S. Groß in Bechen, Mit-gliederversammlung mit gemütlichem Abend.
- Cottbus. 1. Juni, 8 Uhr, bei A. Döring (kleiner Saal).
- Dahlhausen (Wupper). 9. Juni, 2 Uhr, bei G. Meyer.
- Düsseldorf. 2. Juni, 11 Uhr, im Rautschhaus.
- Epe (Westf.). 7. Juni, 8 Uhr, bei Vaterlicher Vertrauens-männerversammlung.
- 9. Juni, 4 Uhr, bei G. Nache.
- Frechenhose. 2. Juni, 5 1/2 Uhr, bei Aug. Schmölbers.
- Gera. 11. Juni, im Hotel Kronprinz, Vorstandssitzung.
- 15. Juni, 1/2 9 Uhr, im Hotel Kronprinz, Hofplatz.
- Greven. 6. Juni, 8 Uhr, bei Wm. Binninghoff, öffent-liche Arbeiter- und Arbeiterinnenversammlung.
- Gronau. 9. Juni, 11 1/2 Uhr, bei Vorlinghaus.
- Glauchau. 1. Juni, 9 Uhr, im Rautschhaus.
- Hermigsdahl. 2. Juni, 5 1/2 Uhr, bei Wiltz. Gottschalk.
- Kassel. 4. Juni, 8 Uhr, in der Schützenhalle, Markt-gasse.
- Landeshut i. Schl. 3. Juni, 8 Uhr, im Gasthaus „Zum Kronprinz“.
- Münchenerndorf. 6. Juni, 8 1/2 Uhr, im Schützenhaus.
- Mühlhausen i. Th. Unsere Versammlungen finden am ersten Samstag eines jeden Monats im „Kronprinz“, Erfurterstr. 15, statt. Nächste Versammlung 1. Juni. Soan (N.-L.). 5. Juni, 8 Uhr, im goldenen Wiesel.
- Warendorf. 2. Juni, 6 Uhr, Generalversammlung bei Witwe Leve Bräuerbrüche.
- Walheim. 2. Juni, 1 Uhr, bei Hubert Meyer, Unter-richtsamt.
- Walldhausen. 9. Juni, 2 Uhr, bei Wm. Joh. Lemnary, Arbeiterinnenversammlung.

**M.-Glabach-Eiden.** Gewerkschaftskongressverein „Zukunft“. Samstag, 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Chr. Kremer (früher Grates) ordentliche Generalversammlung. T.-D.: 1) Quartals- und Revisionsbericht, 2) Er-fahrung eines Aufsichtsratsmitgliedes, 3) Verschiedenes. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten. Der Aufsichtsrat. S. A.: Joh. Conze. (Nr. 1.80)

**M.-Glabach-Lürrip.** Samstag, 8. Juni, abends 9 Uhr Gene-ralversammlung des Gewerkschaftskongressvereins „Einigkeit“ bei Hubert Kamanns. T.-D.: 1) Vierteljährlicher Geschäftsbericht, 2) wichtige Besprechung über Einführung des Rabatts auf Waren, 3) Mitteilungen. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Aufsichtsrat. S. A.: Gottfried Strun, Vorsitzender. (Nr. 1.60)

**Bekanntmachung.**

Den Beurlaubten für den Posten als Lokalbeamter in Eupen machen wir die gefl. Mitteilung, daß die Stelle durch den Kollegen Franz Bartholomy aus Eupen besetzt worden ist.

Der Vorstand. S. A.: Cw. Weber.

**Adressenänderung.**

Den Kollegen und Kolleginnen der Ortsgruppen des Wiesen-, Rhein-, Wehra- und Murgtales zur Kenntnis, daß meine Adresse vom 1. Juni ab bis auf weiteres wie folgt lautet: Erhard Kiefer, Nauiburg i. B. (Baden).

**Sterbe-Tafel.**

Es starben die Verbandsmitglieder: Gerhard Daamen in Krefeld. Hoch Anstötz in Lobberich. Joh. Ant. Billot in Haaren. Ant. Wies in Coesfeld. Math. Hufner in M.-Glabach. Karl Voigt in Kelzenberg. Josefa Berlemann in Emsdetten. Anna Willms in Eupen. Wilh. Heusch in Aachen. Otto Wintges in Langerfeld. Ehre ihrem Andenken!

Für die Ausgeherten in Emsdetten gingen bei dem Unterzeichneten noch folgende Beiträge ein:

Aus Giechlichden	70 M.
M.-Glabach-Lürrip	50
Cochsbroich	1
Duisburg	19.21
Wormen	70
Summa	22.11
Früher schon eingegangen	15807.47
Zusammen	15829.58

Düsseldorf, den 27. Mai 1907. Der Zentraloffizier: Gg. Schaffrath.

148,000 Artikel u. Verwalungen. Soeben erschienen: Sechste, gänzlich neu bearbeitete und vermehrte Auflage. **Lexikon der Konversations-Gesellschaft** Mit Beibehaltung des alten Wortschatzes. 80 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark. Prospekt und Probehefte liefert jede Buchhandlung. Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.